

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB
3001 Bern

Herr
Franz Georg Meier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

JF-Kongress

Mit Festrede von NR Kurt Fluri.

6/7



Ein untaugliches Gesetz

Zum Vorschlag des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG.

8/9

DV in Chur

15./16./17. April 04.

12

Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai

Ja-Nein-Ja-Komitee.

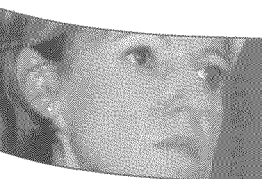
13



Von Sieg zu Sieg

Ausserrhoden, der Erfolgskanton.

15



Mit Pauken und Trompeten

Eine gutbesuchte DV der FDP-Frauen in Altdorf.

16/17

Weg vom Pingpongspiel

Plädoyer für eine Mehrklassenmedizin...

Ich wage es, dies ganz klar zu sagen, auch wenn ich dabei ein Tabu breche, welches die politische Welt von links bis rechts verbindet. Mich beunruhigt es nicht, dass die Medizin 2, 3 oder 20 unterschiedliche Gangarten hat.

Von Dr. med. Ignazio Cassis, MPH, Montagnola TI, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Prävention und Gesundheitswesen (SGPG)

Wichtig ist vielmehr, dass die «Grundgeschwindigkeit», die allen den Zugang zum System garantiert und die von allen solidarisch finanziert wird, einem modernen und wohlhabenden Staat wie der Schweiz angemessen ist.

Erst vor wenigen Monaten erhielten wir mit helvetischer Pünktlichkeit die x-te Meldung über den Anstieg der Krankenkassenprämien. Dieses unerfreuliche herbstliche Ritual scheint trotz der Jahr für Jahr geäusserten Entrüstung kein Ende zu nehmen. Und es wird nicht aufhören, solange wir nicht damit einverstanden sind, dass das Krankenversicherungssystem einer gründlichen Revision unterzogen wird. Das Problem kann nicht dadurch gelöst wer-

den, dass man hier und dort die Mechanismen der Finanzierung ändert. Das wäre gerade so, als wollte man die Bildungspolitik dadurch definieren, indem man bei den Besoldungsrichtlinien der Lehrer beginnt, statt bei den Unterrichts- und Bildungszielen anzufangen.

Auf diese Weise werden wir alles nur noch weiter durcheinander bringen, anstatt eine Klärung der wesentlichen Elemente anzustreben:

- a) Welche Gesundheitspolitik wollen wir (um die Gesundheit zu fördern, zu sichern und wiederherzustellen)?
- b) Inwieweit wollen wir die Kosten der medizinischen Antwort auf das Leiden des einzelnen Individuums sozialisieren (mit anderen Worten: inwieweit wollen wir die Krankheiten der Gesellschaft medikalisieren)?
- c) Welche Rolle soll in dieser Politik das Gesundheitssystem einnehmen?

d) Und – nur erst dann – wie wollen wir dieses finanzieren?

Beginnt man stattdessen mit dem letzten Punkt – wie dies in der Praxis geschieht –, kann man nur in Verwirrung geraten. Dies sind natürlich schwierige Fragen; aber die Politik ist ein anstrengendes Geschäft, für die das Volk seine eigenen, am besten geeigneten Vertreter wählt. Beginne ich mit dem ersten Punkt, dann stelle ich fest, dass es leider keine Gesundheitspolitik des

Bundes gibt. Es gibt nur eine Politik zur Finanzierung des Gesundheitssystems, die die Illusion vermittelt, dass man eine Gesundheitspolitik betreibt. Auf diese Weise gibt sich das Bundesparlament, das für diese Versicherungspolitik (KVG, UVG usw.) zuständig ist, der falschen Hoffnung hin, eine Gesundheitspolitik machen zu können, und die Kantone, die ihrerseits für die Gesundheitsstrukturpolitik

Fortsetzung auf Seite 2

Zum FDP-Präsidium

Das weitere Vorgehen

Die Wahl um die Nachfolge von Christiane Langenberger als Präsidentin der FDP findet am Freitag, 16. April, an der Delegiertenversammlung in Chur statt. Die Kantonalparteien sind eingeladen, bis spätestens am 28. März 2004 ihre Nominierungen einzureichen.

Die Arbeitsgruppe, welche von der Geschäftsleitung zur Vorbereitung der Gesamterneuerungswahlen im Dezember 2003 eingesetzt wurde, setzt sich zusammen aus: Marianne Kleiner, Nationalrätin, AR (Präsidentin der Arbeitsgruppe), Trix Heberlein, Ständerätin, ZH, Laura Sadis, Nationalrätin, TI, Duri Bezzola, Nationalrat, GR, Didier Burkhalter, Nationalrat, NE, Charles Favre, Nationalrat, VD, Felix Gutzwiller, Nationalrat, ZH, Gabi Badertscher, Präsidentin FDP TG, Heinz Risi, Präsident FDP NW, Urs Schweizer, Präsident FDP BS.

Fortsetzung von Seite 1

zuständig sind, verzichten automatisch darauf, ihre Verantwortung in vollem Mass zu übernehmen. Man spielt sich den Ball gegenseitig zu wie beim Pingpongspielen.

Neben diesen strukturellen Problemen gibt es aber auch kulturelle Probleme. Und genau diese sind der wahre Grund für den ständigen Anstieg der Gesundheitskosten. Anders als es in anderen für die Menschheit wichtigen Bereichen (Ernährung, Verkehr, Arbeit) der Fall ist, gehen wir im Gesundheitssektor von einem unwiderlegbaren Axiom aus, an dem wir bisher (zu Unrecht) festgehalten haben: Alle müssen Zugang zu allen medizinischen Leistungen haben, da alle medizinischen Leistungen für das Leben unbedingt notwendig sind.

Und sobald die medizinische Technologie eine neue Leistung hervorbringt, entsteht sofort ein entsprechender neuer Markt. Das heisst, man medikalisiert das, was bis gestern noch normales Leben war. Die Traurigkeit wird zur Depression, die Müdigkeit zum Stress, die Kahlköpfigkeit zu einer schlimmen Krankheit, die zu grosse (oder zu kleine) Brust zu einem Gesundheitsproblem, geringe sexuelle Leistungen zu einer Impotenz-Epidemie, das Übergewicht zu einem Unglück, das der Arzt therapieren soll. Ganz zu schweigen von der Check-Up- und Screening-Kultur. Um es kurz zu sagen, die Medizin ist zum Glück nicht mehr jener kleine Laden der Sechzigerjahre mit Leistungen, die für das



Ignazio Cassis

Überleben wichtig oder für das Verhindern der Invalidität notwendig waren. In den Siebzigerjahren vergrösserte sich dieser kleine Laden und bot entschieden bessere Produkte an. Mit der darauffolgenden erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung wurde jedoch auch die Medizin zu einem vierstöckigen Supermarkt mit einer Fülle von Leistungen, die dazu dienen, unser körperliches und seelisches Wohlbefinden zu verbessern, und mehr noch, um uns immer besser zu fühlen und schön, leistungsfähig und glücklich zu werden.

Das ist nichts Schlechtes, verstehen wir uns richtig. Aber hören wir auf, zu verlangen, dass alles – Unnötiges mit inbegriffen – von der Gemeinschaft bezahlt wird. Hören wir auf, die Solidarität zu überfordern! Das Gesundheitswesen wird nicht mehr vom humanitären Paradigma der gegenseitigen Hilfe beherrscht. Diesem Modell steht immer mehr – genauso, wie dies in jedem anderen Lebensbereich geschieht – das ökonomi-

sche Paradigma entgegen. Die medizinische Wohlstandsindustrie ist keine Vereinigung mit philanthropischen Zielen. Die Medizin ist eine teure und falsche Antwort auf das Leiden, das unsere pathogene Gesellschaft verursacht. Die Antwort darauf ist eine besonnene Gesundheitspolitik!

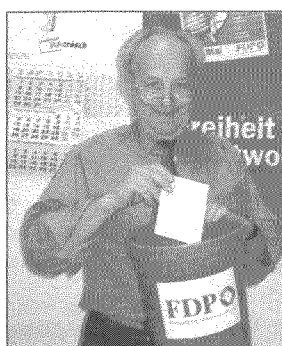
Daher kann auch die Medizin nur noch in verschiedenen Gangarten existieren, denn nicht alles ist unbedingt notwendig, und den Ballast soll bezahlen, wer dies will: eben eine Mehrklassenmedizin!

Die obligatorische Krankenkasse darf sich nicht daran beteiligen – wie es heute jedoch geschieht –, jedes beliebige, geringste körperliche, seelische oder vor allem soziale Problem zu beseitigen oder zu lindern, auch wenn diese Probleme mit der Wahl einer unbesonnenen Lebensweise oder mit individuellen philosophischen Überzeugungen zusammenhängen. Und vor allem sollte sie nicht die Kosten abdecken, die durch das individuelle Streben nach Wohlbefinden und letztendlich nach Glück hervorgerufen werden.

In einem reichen und modernen Staat, in dem die

Grundbedürfnisse zu einem niedrigen Preis befriedigt werden, ist es selbstverständlich, dass jeder Bürger legitimerweise nach Glück strebt. Wenn dies so ist, soll der betreffende Bürger gegebenenfalls durch Abschluss von Zusatzversicherungen verantwortungsbewusst die Steigerung seines Wohlbefindens und seiner gesundheitlichen Sicherheit selbst wählen. Nicht alles für alle, sondern jedem das Seine! Die wahre soziale Verantwortung verwirklicht sich mit der Verpflichtung eines jeden Bürgers, sich eine selbständige und vorausschauend geplante Existenz aufzubauen und zu einer salutogenen Gesellschaft beizutragen.

(Für die Übersetzung sei dem Forum Santé-Gesundheit, Uni Genève und Sano-Synthelabo gedankt.)



Über 1000 wollten ins Hotel Walther, Pontresina

Der Kreuzworträtsel-Wettbewerb im «Freisinn» erfreut sich immer grösserer Beliebtheit. In der letzten Ausgabe haben über 1000 Einsender die richtige Lösung eingeschickt. Der Hauptgrund für die enorme Teilnahme war bestimmt der ausgeschriebene **1. Preis: Ein Wochenende im bekanntesten Hotel Walther in Pontresina.**

Die richtige Lösung hiess: Wahlfrühling

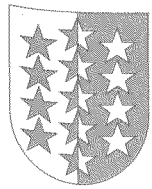
- 1. Preis:** Michael Wey, Schlossmühlestrasse 2, 8408 Winterthur
- 2. Preis:** Kathrin Looser, Marktgasse 6, 8640 Rapperswil
- 3. Preis:** Rita Siegrist, Bielmatten 1, 2564 Bellmund
- 4. Preis:** Beat Reichlin, Riedmattstrasse 8, 6417 Sattel

FDP Oberwallis: Zeichen des Aufbruchs

Gründung der FDP-Bezirkspartei Brig

Im Beisein von Nationalrat Jean-René Germanier und Staatsrat Claude Roch wurde im Februar eine neue Bezirkspartei im Wallis gegründet. Mit der Gründung der FDP-Bezirkspartei Brig hat die FDP Oberwallis ein klares Zeichen zum Aufbruch gesetzt. Das ist auch notwendig, denn in rund einem Jahr finden im Wallis die kantonalen Wahlen statt.

Von Matthias Eggel,
Sekretär FDP Oberwallis,
Brig-Glis



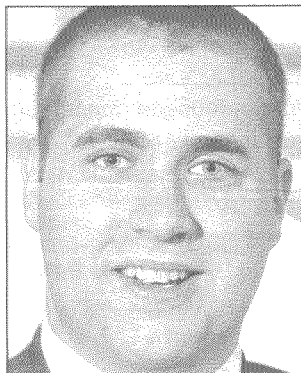
Die Gründungsversammlung fand unter der Leitung von Alt-

Grossratspräsident Caesar Jaeger statt, welcher in gewohnter, speditiver Manier die Versammlung durchzuziehen vermochte. Nachdem die Statuten mit einigen kleinen Abänderungen einstimmig angenommen wurden, war die Bezirkspartei geboren.

Wahlen

In den vierköpfigen Vorstand der Bezirkspartei wurden gewählt:

– Jean-Louis Borter, Grossrats-suppleant aus Brig-Glis, welcher als



Matthias Eggel

Präsident die Bezirkspartei führen wird

- Louis Nanzer, Grossrat aus Brig-Glis, Vizepräsident
- Yvette Gemmet, Hausfrau aus Naters, Sekretärin
- Michael Murmann, Bankfachmann aus Naters, Kassier

Der frisch gewählte Bezirkspräsident Jean-Louis Borter dankte den Anwesenden für die Unterstüt-

zung und das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Als Revisoren wurden Rudolf Kummer aus Naters und Stefan Planche aus Brig-Glis gewählt.

Nationalrat Jean-René Germanier

Nationalrat Jean-René Germanier wies in seiner Rede darauf hin, dass die FDP Wallis äusserst stark sei, da sie einen Bundesrat, einen Staatsrat sowie einen Nationalrat stelle. Er sei überzeugt, dass es im Oberwallis noch Potenzial für die FDP gebe, welches unbedingt ausgeschöpft werden müsse.

Zudem berichtete Nationalrat Jean-René Germanier von seiner ersten Session in Bern, bei welcher das Entlastungsprogramm im Zentrum stand. Angesichts der enormen Verschuldung des Bundes von etwa 120 Mia. Franken sei ein Entlastungsprogramm notwendig.

Staatsrat Claude Roch

Staatsrat Claude Roch, Chef des Departements für Erziehung, Kultur und



Staatsrat Claude Roch, Louis Nanzer, Yvette Gemmet, Michael Murmann, Jean-Louis Borter, Nationalrat Jean-René Germanier (von links nach rechts).

Sport, griff in seiner Rede verschiedene aktuelle Themen auf.

So zeigte er sich über die Finanzen des Kantons Wallis besorgt. Bis zum Jahr 2005 müssten etwa 85 Mio. Franken eingespart werden. Er wies darauf hin, dass die Schuldenbremse vom Volk angenommen worden sei und sie daher auch umgesetzt werden müsse. In Sachen Bildung ist Staatsrat Claude Roch überzeugt, dass eine bessere Verbindung zwischen den verschiedenen Schulen sowie eine vermehrte Zusammenarbeit unter den Schulen und mit anderen Kantonen absolut notwendig sei. Zudem erachte er die tertiäre Bildung für das Wallis als wichtig.

Parteipräsident Ambros Bumann

Ambros Bumann, Präsident der FDP Oberwallis, zeigte sich erfreut über die Gründung einer neuen Be-

zirkspartei. Zum einen stelle sie eine Strukturverbesserung für die FDP Oberwallis dar und zum anderen setze sie auch ein Zeichen nach aussen. Er sei überzeugt, dass es auch weiterhin Parteien brauche, da diese eine wichtige Aufgabe erfüllen würden.

Angesichts der Situation der CVP Schweiz und der Tatsache, dass die CVP (inkl. CSP) im Kanton Wallis noch immer die absolute Mehrheit habe, müsse die FDP die Zeichen der Zeit erkennen. Die FDP müsse versuchen, die von der CVP enttäuschten Wähler abzuholen. Wir sind im Wallis die bürgerliche Alternative zur CVP!

Anzeige

Endlich Wirtschaft stärken.

Das Steuerpaket bringt finanzielle Entlastung für Familien und Mittelstand. Damit bleibt mehr Geld für Konsum und Investitionen. Diese positiven Impulse fördern nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Davon profitieren Gewerbe und KMU. Das schafft Arbeitsplätze.

Heute leiden wir an ständig steigenden Steuern und Abgaben. Das engt den finanziellen Freiraum ein. Das Steuerpaket senkt die Steuern. Das schafft Wirtschaftswachstum. Endlich!

ja
Steuerpaket
am 16. Mai

www.ja-zum-steuerpaket.ch

Von der Basis an die Spitze

Irene Thalmann wurde Vize-Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz

Die neu gewählte Vize-Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz ist keine Senkrechtstarterin. Sie kennt die politische Arbeit von Grund auf, war sie doch über Jahre FDP-Kantonalsekretärin des Kantons Schwyz. Seit unzähligen Jahren leitet sie die Stützpunkte für eidgenössische Abstimmungen. Sie weiss aus Erfahrung, dass man in der Politik Knochenarbeit leisten muss, um zum Erfolg zu kommen.

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich ihre grösste Hoffnung?

denen Sprachen und Kulturen, unsere schönen alten Orte, die modernen Städte usw. Und vor allem schätze ich die persönliche und politische Freiheit jedes Einzelnen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Schweiz hat zu wenig Visionen, ist zu wenig offen und mutig gegenüber Neuem. Das konservative Denken zementiert veraltete Strukturen und verhindert wichtige Neuerungen für eine erfolgreiche Zukunft.

Warum sind Sie bei der FDP?

Meine Eltern waren FDP-Wähler. Bereits in der Sekundarschule hatte ich meinen ersten politischen Vortrag, und dabei habe ich versucht, die MitschülerInnen von der FDP zu überzeugen. Ein recht mutiger Entscheid, denn mein damaliger Lehrer war ein überzeugter Kommunist und Marxist. Die Note fiel auch dementsprechend aus!

In der FDP fühle ich mich sehr wohl, denn unterschiedliche Meinungen werden (meistens) akzeptiert. Eine offene Gesellschaftspolitik ist mir dabei zurzeit



Irene Thalmann

ein sehr wichtigstes Thema. Darum bevorzuge ich die FDP gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

Alt-Ständerätin Christine Beerli. Sie hat mich mit ihrer politischen Arbeit immer überzeugt. Ihre Sachkenntnisse und Dossier-sicherheit haben mich beeindruckt.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Durch Taten statt Worte.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Frauen müssen doppelt so gut sein wie Männer. Zum Glück ist dies nicht so schwer!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ich möchte gerne in verschiedenen Sprachen gut kommunizieren und schwierige Klavierstücke von Chopin spielen können.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Meine Ungeduld.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Ich lasse mich nicht so schnell unterkriegen. Kämpfen habe ich bereits in jungen Jahren als Spitzensportlerin gelernt.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

Eine Biografie von Che Guevara und die Lebensgeschichte von Hillary Rodham Clinton.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich besuche regelmässig das Fitnessstudio, gehe joggen und verbringe viel Freizeit in den Walliser Bergen.

Das Gespräch mit Irene Thalmann führte Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz

Irene Thalmann: Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Jugend gut ausgebildet, engagiert und offen für Neues ist. Dies erlaubt ihr, die zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Politisch gesehen die zunehmende Polarisierung in der Schweizer Politik. Dazu gehört auch die Diffamierung der politischen Gegner.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Für meine Generation ist das Internet und das E-Mail die wichtigste Erfindung. Die Menschheit könnte am besten auf Kriege und Atombomben verzichten.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Ich liebe die Vielfältigkeit der Schweiz. Die verschie-

Kurzbiographie

Alter: 39

Beruf: Familienfrau, selbst. Unternehmerin (Büro für politische Kommunikation)

Politischer Werdegang:

1994	Eintritt in FDP
1994	Kommissionsmitglied Gemeinde Freienbach
1996–2000	Kantonalsekretärin FDP Kanton Schwyz
1996	Mitglied Geschäftsleitung FDP Kanton Schwyz
1998	1. Präsidentin Gleichstellungskommission Kanton Schwyz
1999	Gründungspräsidentin FDP-Frauen Kanton Schwyz
2000	Wahl in die Geschäftsleitung FDP-Frauen Schweiz
2000	Mitglied Ausschuss Gesundheitspolitik FDP Schweiz
2004	Wahl zur Vizepräsidentin FDP-Frauen Schweiz

Anzeige

Ernst Mühlemanns politische Erinnerungen

beleuchten zahlreiche, wenig bekannte Kapitel der schweizerischen Aussenpolitik. Sie lesen sich wie ein spannender Crash-Kurs in europäischer Politik und Zeitgeschichte.



Ernst Mühlemann Augenschein
Als Schweizer Parlamentarier an aussenpolitischen Brennpunkten
405 Seiten, mit 160 Abbildungen und Karten, Register, Bibliografie und Zeittafel
Gebunden, mit Schutzumschlag
Fr. 58.–
Verlag Huber Frauenfeld

Die präzise und tiefgründige Analyse der modernen europäischen Entwicklung im Buch von Ernst Mühlemann zeugt von einmaliger Erfahrung und kluger Wahrnehmung.

Ich kann dieses Werk jedem wärmstens empfehlen, der an moderner europäischer Geschichte interessiert ist.

Michael Gorbatschow

Bestellung

Ich bestelle

_____ Ex. Ernst Mühlemann: **Augenschein.**
Als Schweizer Parlamentarier
an aussenpolitischen Brennpunkten
Fr. 58.–
(zzgl. Porto- und Versandkosten)
Verlag Huber Frauenfeld

Name, Adresse:

GRAFISCHE
UNTERNEHMUNG
UND VERLAG **Huber**

Postfach
8501 Frauenfeld
Telefon 052 723 57 91
Telefax 052 721 44 10
E-Mail: buchversand@huber.ch

Im Interesse der Rand- und Bergregionen

Das Radio- und Fernseh-Gesetz kann noch verbessert werden

Die FDP Graubünden nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass entgegen verschiedener Anträge im Nationalrat auf die Teilrevision des Radio- und TV-Gesetzes (RTVG) eingetreten wurde.

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP
Graubünden



Silvio Zuccolini

Einer der Streitpunkte ist das Gebührensplitting, das im neuen Gesetz verankert wurde. Die Erhöhung der Splittingsumme von 13 auf 44 Millionen Franken pro Jahr ist zu begrüßen. Private Radio- und TV-Programme liessen sich in weiten Teilen der Schweiz, speziell im Rand- und Berggebiet wie der Kanton Graubünden, ohne Splittinggelder nicht betreiben. Regionale Fernsehen können in der Schweiz nur ausnahmsweise rentieren. Zehn bis zwölf Fernsehveranstalter sollen gemäss Gesetzesvorlage, so auch Telesüdostschweiz (TSO) und Radio Grischa, in den Genuss solcher Gelder kommen. Der grösste Teil der Gebührengelder fliesst nach wie vor weiterhin der SRG zu. Ebenfalls wird begrüsst, dass die Privaten auch bei den Werbemöglichkeiten bevorzugt werden. Mit der Liberalisierung der Werbevorschriften

ken und gleichzeitig den Privaten mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Die FDP Graubünden hofft, dass in der Detailberatung die durchaus noch vorhandenen Mängel der Gesetzesvorlage eliminiert werden können, wie unter anderem verschiedene Überreglementierungen, die überdimensionierten Programmrate und Medienkonzentrationsbestimmungen.

ist ein wichtiges FDP-Postulat im Nationalrat erfüllt worden.

Mit der Gebührenpartizipation privater Anbieter würden die von den Fernseh- und Radiostationen erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen zum Teil abgegolten.

Im Übrigen sei es Ziel des neuen RTVG, den Service public und die Vielfalt der Medienlandschaft zu stärken.

Die FDP Graubünden ist sehr daran interessiert, dass es in den Berggebieten wie dem Kanton Graubünden private Lokalradios und Lokalfernsehen gibt. Durch die aktuelle Gesetzesrevision des RTVG kann der Fortbestand dieser Privaten gesichert werden, ist die FDP Graubünden der Meinung. ■

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg
zum
Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00

Binder
rechtsanwälte

Termine

Einladung

zum Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz (JFS)
2. bis 4. April 2004 in Solothurn

Liebe Jungfreisinnige

Es ist uns, den Jungliberalen Kanton Solothurn (JLKS), eine besondere Freude, im Jahr 2004 Eure Gastgeber für den Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) sein zu dürfen. Wir freuen uns auf ein interessantes und gemütliches gemeinsames Wochenende mit Euch!

Ihr habt die Möglichkeit, bereits am Freitag bei uns einzuchecken. Anschliessend treffen wir uns im mächtigen Riedholzturm hoch über Solothurns Dächern zum Willkommens-Apéro und stürzen uns auf das kalte Buffet. Im Anschluss ist Ausgang in der Altstadt von Solothurn angesagt!

Den Samstagmorgen werden wir dann an einem für den Jungfreisinn geschichtsträchtigen Ort verbringen: im prächtigen Jugendstil-Hotel «Kurhaus Weissenstein»! Nach der Fahrt mit der Nostalgie-Sesselbahn erwartet uns auf dem Solothurner «Hausberg» auf 1291 m ü. M. nebst einem reichhaltigen Brunch-Buffet hoffentlich auch ein unvergesslicher Ausblick aufs Mittelland und die Alpen.

Alternativ könnt Ihr natürlich auch erst am Samstag bei uns eintreffen: Am Samstagmittag werden wir vier kantonalen Politikern der FdP, CVP, SP und SVP zum aktuellen Thema «Kriminalität» auf den Zahn fühlen. Danach sind wir gefordert: In Gruppendiskussionen werden auch wir politische Themen diskutieren, die besonders uns Junge betreffen dürften.

But there's not just work for us to do – we'll also have lots of fun! Nach einer Stadtführung durch die «schönste Barockstadt der Schweiz» begeben wir uns in die sagenumwobene Verenaschlucht, wo wir in der Einsiedelei bei einem feinen Nachtessen und im Anschluss dazu ein besonderes Fest feiern: Die Jungliberalen des Kantons Solothurn feiern ihr 100-jähriges Bestehen!

Mit dem statuarischen Teil am Sonntag wird auch der Kongress 2004 einmal zu Ende gehen, und wir hoffen schon jetzt, Euch einige schöne Erinnerungen an ein paar unvergessene Tage mit auf den Heimweg gegeben zu haben.

Also, wie gesagt – wir freuen uns auf Euch!

Mit jungli(e)beralen Grüssen

OK Kongress 2004

Marco Kulka

Programm

Freitag, 2. 4. 2004

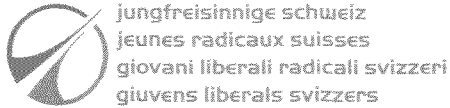
- ab 18.30 h **Eintreffen Teilnehmer**, Jugendherberge
19.30 h **Begrüssung**, Riedholzturm, Apéro, kaltes Buffet

Samstag, 3. 4. 2004

- 9.00–11.30 h **Ausflug auf den Weissenstein**, Kurhaus Weissenstein, Brunch
ab 12.00 h **Eintreffen Teilnehmer**, Jugendherberge
13.15 h **Begrüssung, Grussworte**, Jugendherberge, Jura-Saal
Begrüssung: Frau Christiane Langenberger, Präsidentin FDP Schweiz
13.30 h **Podiumsdiskussion, Thema: Kriminalität**, Jugendherberge, Jura-Saal
Podiumsteilnehmer:
– Rolf Büttiker, Ständerat FdP SO
– Roland Heim, Kantonsrat und Fraktionschef CVP SO
– Beatrice Heim, Nationalrätin SP SO
– Roland Borer, Nationalrat SVP SO
Moderator:
– Jörg Kiefer, Redaktor NZZ, alt Kantonsrat FdP
14.45 h **Pause**, Jugendherberge
15.15 h **Gruppendiskussionen**, Jugendherberge
16.30 h **Check-in**, Jugendherberge
16.45 h **Stadtführung**, Altstadt Solothurn
ab 18.30 h Apéro / Festakt
«100 Jahre Jungliberale Kanton SO», Rest. Einsiedelei
Festredner: NR Kurt Fluri, FdP SO, Solothurner Stadtpräsident
19.30 h **Abendessen**, Rest. Einsiedelei
Mit Überraschung...!
anschliessend **Jubiläumsparty**, Taverne zum Krug

Sonntag, 4. 4. 2004

- 9.00–10.30 h **Frühstück**, Jugendherberge
11.00 h **Kongress**, altes Spital
abschl. **kleiner Imbiss**, Ausklang



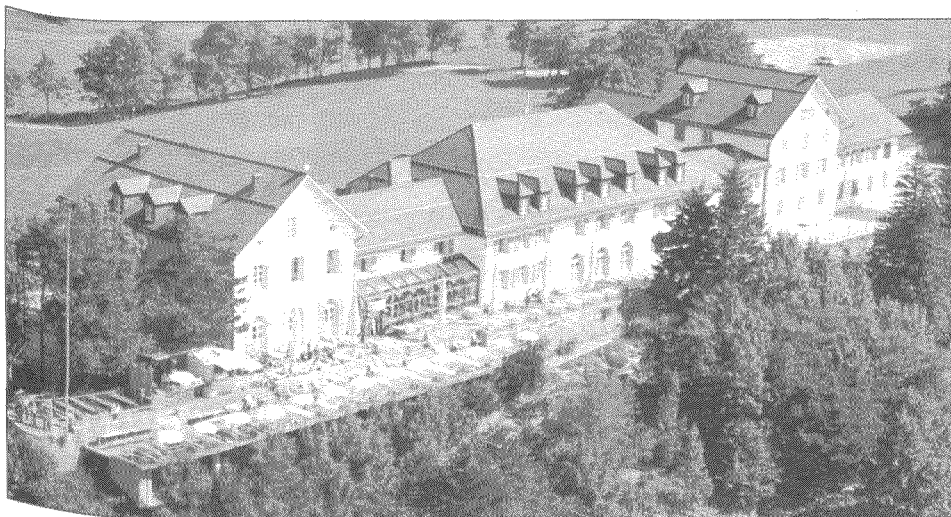
JUNGLIBERALE

Wichtige Informationen

- Deine Anmeldung ist verbindlich! An- und Abmeldetermine müssen zwingend eingehalten werden (wegen allfälliger Umbuchung der Sitzungsräume und Reservation Jugendherberge)! Danach können wir für eine Übernachtungsmöglichkeit in der Jugendherberge nicht mehr garantieren. Wir bitten um Dein Verständnis.
- Abmeldungen ab 15. März 2004 werden in Rechnung gestellt!
- Für solche, die ausschliesslich am Kongress am Sonntag, 4. April 2004, teilnehmen, gilt die Anmeldefrist 22. März 2004! Spätere Abmeldungen müssen aus organisatorischen Gründen ebenfalls in Rechnung gestellt werden. Wir bitten um Dein Verständnis.
- Wir empfehlen Dir, mit dem Zug anzureisen. Parkhäuser hat es zwar einige, diese sind aber recht teuer. Um am Wochenende einen Parkplatz in der weissen Zone zu ergattern, braucht es viel Glück!
- Die Jugendherberge befindet sich am Landhausquai 23, direkt an der Aare gelegen, und ist vom Bahnhof aus via Hauptbahnhofstrasse-Kreuzackerbrücke zu Fuss innert raschen 5 Minuten erreichbar.
- Das ganze Programm ist auch unter www.jungliberale-so.ch oder www.jungfreisinnige.ch ersichtlich. Bei Fragen schreibt mir doch eine E-Mail an marco.kulka@jungfreisinnige.ch. Im Notfall erreicht Ihr mich auch unter Natel 078 638 88 44 (bitte keine telefonischen Anmeldungen oder per E-Mail!!)

Preiswerte Hotels (Auswahl)

Hotel Astoria Wengistrasse 13 4500 Solothurn Tel. 032 622 75 71 Fax 032 623 68 57 www.astoria-solothurn.ch	Hotel Zunfthaus zu Wirthen Hauptgasse 41 4500 Solothurn Tel. 032 626 28 48 Fax 032 626 28 58 www.wirthen.ch
---	--



Anmeldetalon

Ich nehme teil

- am Freitag
- am Samstag (ganzes Tagesprogramm)
- am Samstag (erst ab 12.00 h)
- am Sonntag (nur Kongress)

(Falls Du an allen Daten teilnimmst: bitte alle Felder ankreuzen!)

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ / Ort: _____

Tel. / Natel: _____

E-Mail: _____

JF-Sektion: _____

Übernachtung in der Jugendherberge

(Falls Du es vorziehst, in einem Hotel zu übernachten, bitten wir Dich, die Reservation selber vorzunehmen. Zwei preiswerte Möglichkeiten findest du nebenan unter «Wichtige Informationen».)

- ja nein

Anzahl Übernachtungen: _____

Teilnahme Stadtbesichtigung:

- ja nein

Menü (Samstagabend):

- normal vegetarisch

Bemerkungen: _____

Kosten (exkl. Übernachtungen in der Jugendherberge):

Freitag bis Sonntag:	Fr. 85.–
Samstag und Sonntag:	Fr. 65.–
nur Sonntag:	Fr. 25.–

Kosten Übernachtung Jugendherberge inkl. Frühstück:

pro Nacht und Person: Fr. 40.–
(Nordisch schlafen, Duschen/WC auf jeder Etage)

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Anmeldung bis spätestens am Freitag, 5. März 2004, senden an: Marco Kulka, Hochbühlweg 1, 3012 Bern, oder online unter www.jungliberale-so.ch/kongress2004.php

Ein untaugliches Gesetz

Zum Vorschlag des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG



Filippo Leutenegger

Anzeige

Alle elektronischen Medien der Schweiz erwirtschaften zusammen einen Umsatz von rund CHF 1,8 Mrd. – einschliesslich die CHF 1,1 Mrd. Gebührengelder für die SRG. Eine kleine Branche, denn ihr Umsatz entspricht gerade mal 5% desjenigen, den die UBS für das Jahr 2003 ausweist, und in etwa einem Viertel ihres Gewinns!

*Von Filippo Leutenegger,
Nationalrat, Zürich*

Dennoch genießt die Medienbranche hohe Aufmerksamkeit, und die gesetzlichen Regelungen in diesem Zusammenhang sind stark umstritten. Das ist insofern verständlich, als die Medien neben ihrem Unterhaltungsangebot auch Meinungen bündeln und transportieren – ja oft sogar beeinflussen oder prägen. Die Bedeu-

tung der elektronischen Medien nimmt dabei laufend zu.

Die Diskussion um das neue Radio- und Fernsehgesetz RTVG steht vor diesem Hintergrund. Auch für uns Freisinnige ist sie besonders wichtig, denn es geht um zentrale liberale Positionen. Wir beantragen die Rückweisung des Gesetzes, weil der RTVG-Vorschlag etatistisch und ungenügend ist. Im Einzelnen geht es um die folgenden Punkte.

Für mehr Wettbewerb bei den elektronischen Medien

Das geplante Gesetz verhindert den Wettbewerb unter den elektronischen Medien, statt ihn zu fördern. Es garantiert die Verbreitung nur ein paar wenigen konzessionierten Anbietern. Sind z. B. die geplanten 10 bis 12 Lokal-TV-Frequenzen erst einmal vergeben, ist der Zustand zementiert, und weiteren

potenziellen Anbietern bleibt der Markteintritt auf lange Zeit verwehrt. Wir Freisinnige verlangen, dass der Staat den Marktzugang ermöglicht, statt verhindert.

Für eine Lex SRG

Die kleinräumige Schweiz braucht eine SRG, welche den Service Public für alle Sprachgruppen garantiert. Aber daneben braucht es Konkurrenz durch starke, unabhängige, inländische Medien. Sämtliche Fragen rund um den Betrieb der SRG, was unter Service Public zu verstehen ist, welches der konkrete Leistungsauftrag des Bundes an die SRG sein soll, das alles ist nach unserer Meinung in einem separaten Gesetz, einer «Lex SRG», zu regeln.

Für eine Liberalisierung der Werberichtlinien

Jahrelang hat man uns eine Liberalisierung der Werberichtlinien versprochen,

Endlich Gerechtigkeit.

Das Steuerpaket sorgt für Gerechtigkeit. Verheiratete und im Konkubinat lebende Paare werden gleichgestellt. Familien und Mittelstand steuerlich entlastet. Das ist gerecht.

Heute werden die Einkommen von verheirateten Paaren zusammengerechnet. Damit werden Verheiratete gegenüber im Konkubinat lebenden Paaren schwer benachteiligt. Das Bundesgericht hat diese Praxis schon vor 20 Jahren als verfassungswidrig bezeichnet. Das Steuerpaket hebt diese Ungerechtigkeit auf. Endlich!

www.ja-zum-steuerpaket.ch

Komitee «Familien entlasten – Ja zum Steuerpaket», Postfach 5835, 3001 Bern

ja
Steuerpaket
am 16. Mai

eine Lockerung der bestehenden Beschränkungen, damit private Anbieter ihre Programme auch finanzieren können. Davon ist im vorgeschlagenen Gesetzestext nicht mehr viel zu finden. Zudem benachteiligt das Gesetz in gewissen Bereichen die inländischen Sender: So dürfen diese z. B. nicht für Bier werben, während ausländische Sender – weil sie den EU-Richtlinien unterstehen – solche Werbung in der Schweiz verbreiten dürfen. Ein Unsinn. Wir verlangen eine weitgehende Aufhebung der Werbebeschränkungen für private Anbieter.

Gegen eine staatliche Kontrolle der Medien

Das neue RTVG sieht Ombudsstellen für sämtliche Programmanbieter vor und dass alle diese Ombudsstellen administrativ der Unabhängigen Beschwerdeinstanz UBI unterstellt werden. «Unabhängig» bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sämtliche Mitglieder der UBI vom Bundesrat bestimmt werden sollen... Wir Freisinnige müssen die vorgesehene publizistische Kontrolle durch den Staat strikte ablehnen. Wir wollen in der Schweiz kein Fernsehen von Bundes Gnaden, sondern die in der Verfassung garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit.

Gegen «Landwirtschaftspolitik» im Mediensektor

Das Gesetz bringt mit dem Gebührensplitt – die privaten Anbieter sollen an den Gebühreneinnahmen der SRG beteiligt werden – eine Neuauflage der «Landwirtschaftspolitik» für die

Anzeige

Endlich Familien und Mittelstand entlasten.

Das Steuerpaket bringt die seit Jahren geforderten steuerlichen Entlastungen. Zum Beispiel können alle die Krankenkassenprämie von den Steuern abziehen. Das ist gerecht.

Heute sind es vor allem Familien und Alleinerziehende, die grosse finanzielle Risiken tragen und auch der Mittelstand gerät immer stärker unter Druck. Das Steuerpaket bringt höhere Steuerabzüge. Das schafft finanziellen Spielraum. Endlich!

www.ja-zum-steuerpaket.ch

Komitee «Familien entlasten – Ja zum Steuerpaket», Postfach 5835, 3001 Bern

ja
zum
Steuerpaket
am 16. Mai

elektronischen Medien. Die Printmedien beweisen seit vielen Jahren, dass eine lebendige Medienlandschaft auf rein privatwirtschaftlicher Basis bestens funktionieren kann. Deshalb soll sich der Bund bei den privaten elektronischen Medien darauf konzentrieren, den Marktzugang für Private neben der SRG zu ermöglichen, statt mit Subventionen einzelne Rechtsungleichheiten zu schaffen und den Wettbewerb zu verzerren.

Gegen eine museale Ausgestaltung der Mediengesetzgebung

So wie er heute vorliegt, ist der RTVG-Entwurf für die Regelung der digitalen Zukunft der elektronischen Medien absolut ungeeignet. Das Gesetz wäre schon innert weniger Jahre ein Museumsstück und müsste vollständig renoviert werden.

Gegen Bürokratie im Übermass

Der neue Gesetzesvorschlag weist nahezu doppelt so viele Artikel auf wie das heute gültige Gesetz. Er ist massiv überreglementiert, unflexibel und

viel zu bürokratisch. Die freisinnige Bundeshausfraktion schlägt deshalb vor, einen anderen Weg zu beschreiten: Die technischen Aspekte der Verbreitung von elektronischen Medien sollen in das Fernmeldegesetz integriert werden und für die SRG-relevanten Themen ist eine separate Lex SRG zu schaffen. Auf die innerhalb des RTVG vorgesehene Verschärfung des Wettbewerbsrechts für elektronische Medien ist zu verzichten – sie wäre eine unnötige Parallelgesetzgebung zum Kartellrecht, welches das Thema Missbrauch der Marktmacht hinreichend regelt.

Aus all diesen Gründen wollte die Bundeshausfraktion der FDP das RTVG mit dem Auftrag an den Bundesrat zurückweisen, einerseits das duale System durchzusetzen, also eine Lex SRG zu schaffen und parallel eine weitgehende Liberalisierung für Private durchzusetzen, und andererseits die technische Verbreitung der Programme im Fernmeldegesetz zu regeln. ■

Erste Fraktionssitzung mit Hans Altherr



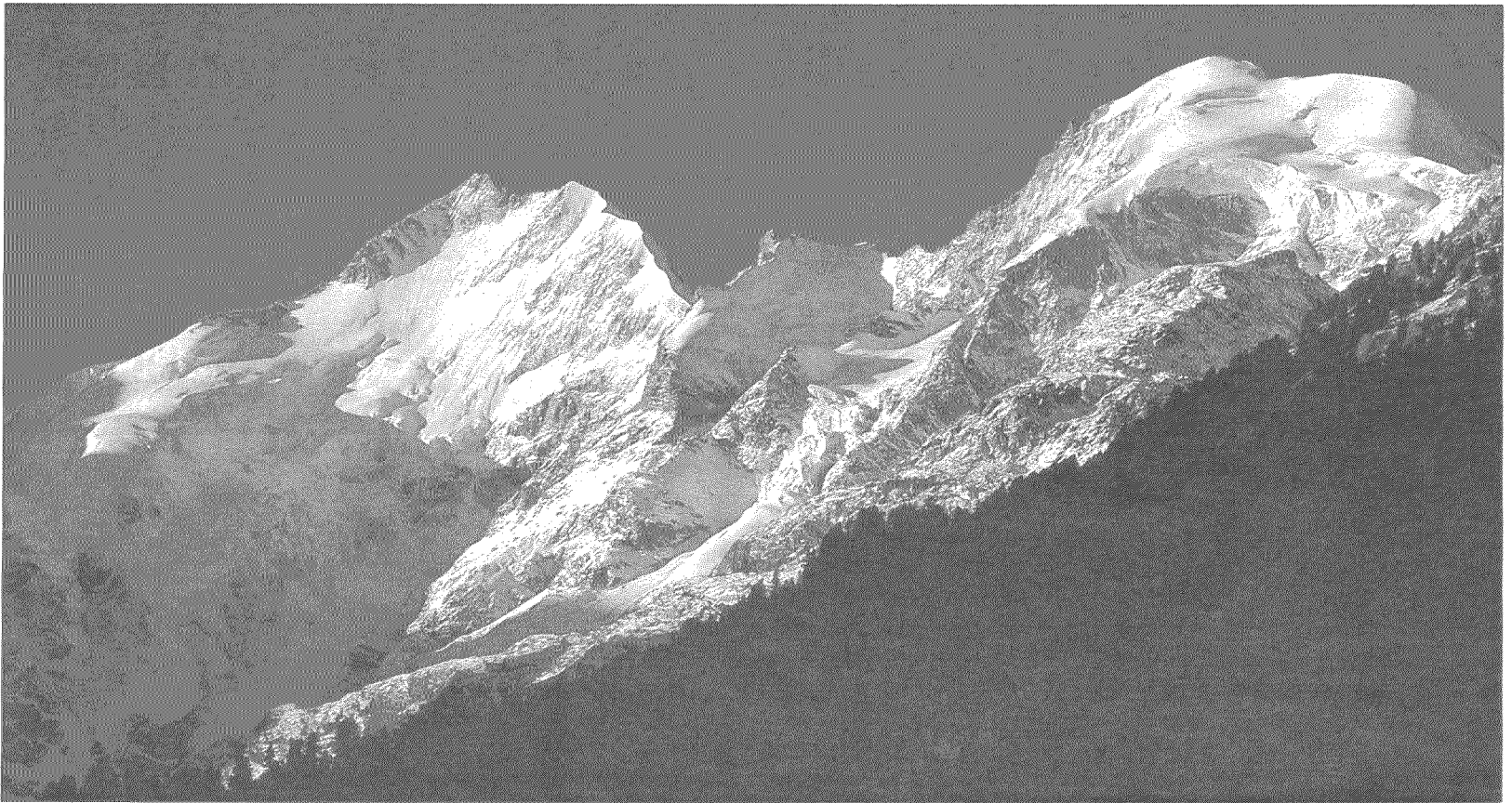
Die Luzerner Ständrätin, Helen Leumann, war ideal, das Wir-Gefühl auf den Fraktionsneuling zu übertragen.

Bild: rus

Der Ausserrhoder Ständerat trat die Nachfolge von Hans-Rudolf Merz an.

Gleich die erste Fraktionssitzung lief für den Ausserrhoder Ständerat Hans Altherr äusserst spannend, stand doch die Nachfolge von Christiane Langenberger als Parteipräsidentin im Zentrum der Diskussion. Wer dabei – wie viele Journalisten – erwartete, dass es in diesem Gremium zu einer wilden Auseinandersetzung komme, war enttäuscht.

Es lief eine konstruktive Diskussion ab. Allen Fraktionsmitgliedern war daran gelegen, das Gezänke, welches die Medien heraufbeschworen, nicht hochzukochen. In einer beruhigten Stimmung hat männiglich zur Kenntnis genommen, dass der Zuger Ständerat Rolf Schweizer sich im Interesse der FDP als Präsident zur Verfügung stellt. Verschiedene sagen gar: «Es braucht offensichtlich einen Schweizer, dass nicht noch mehr geschwätzt wird.»



Sonnenaufgang am Piz Bernina und Piz Morteratsch.

Bild: Christian Perret, Emmetten

Graubünden: Tradition und Innovation

Pioniergeist im Zeichen des Steinbocks

Traditionelle Gastfreundschaft und Pioniergeist sind mit dem Alpenkanton Graubünden ebenso untrennbar verbunden wie der Steinbock, der sich neuerdings auch im Markenlogo der Region widerspiegelt. Kulturelle Vielfalt und landschaftliche Diversität tragen dazu bei, dass Graubünden die beliebteste Ferienregion der Schweiz ist.

*Von Gieri Spescha,
Graubünden Ferien*

Graubünden ist eine eigenständige alpine Welt für sich, die schon topographisch, aber auch hinsichtlich der Klimata, Flora, Kulturen usw. von fast unbegrenzter Vielfalt ist. Land der 150 Täler wird es denn auch genannt, und jedes dieser Täler hat wiederum seinen ganz eigenen Cha-

rakter. Drei verschiedene deutsche Mundarten, fünf romanische Idiome (Sursilvan, Sutsilvan, Surmiran, Putèr und Vallader) und mehrere italienisch-lombardische Dialekte in vier Tälern werden in Graubünden gesprochen.

Grau-Bünden?!

Seinen heutigen Namen verdankt der mit rund 7100 km² flächenmässig

grösste Kanton der Schweiz einem von mehreren spätmittelalterlichen Bünden, dem «Grauen Bund» von 1424. Kein geringerer als Kaiser Napoleon war es sodann, der 1803 – vor rund 200 Jahren also – per Dekret die Aufnahme Graubündens in die helvetische Republik verordnete, was die Geburt des heutigen Kantons bedeutete.

Hoch – Tief

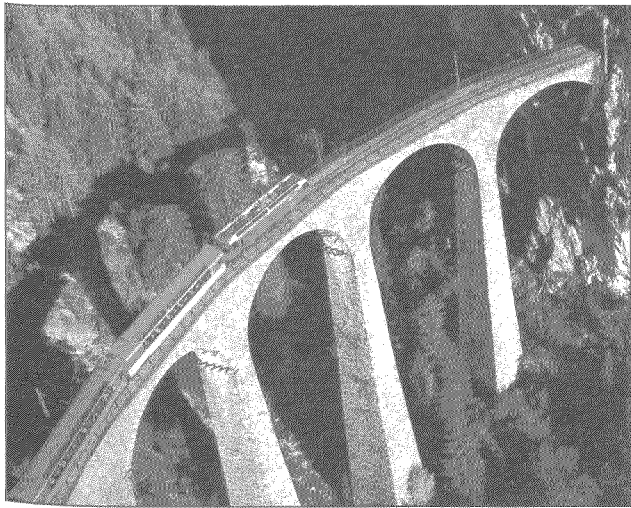
Graubünden liegt im östlichsten Teil der Schweiz, an der Grenze zwischen den West- und Ostalpen, sozusagen am Fenster der Alpen. Der höchste Punkt

ist mit 4049 m der Piz Bernina (höchster Gipfel der Ostalpen), der tiefste liegt bei San Vittore an der Tessiner Grenze bei rund 270 m. In Sachen Gipfel hält Graubünden einen weiteren Rekord inne: Von den rund 1000 Gipfeln überragen allein 460 die Höhe von 3000 m ü. M. Das höchste Dorf ist Juf (2162 m ü. M.) und das tiefstgelegene San Vittore mit 279 m ü. M. Graubünden zählt heute eine Wohnbevölkerung von 187 058 Personen. Auf 1 km² fallen damit 24 Personen, was der tiefsten Bevölkerungsdichte der Schweiz entspricht.

Wirtschaftsmotor Tourismus

Wirtschaftlich die grösste Bedeutung für den Kanton hat der Tourismus, vorbereitet durch den jahrhundertelangen Passverkehr. Lange bevor in Graubünden der moderne Tourismus Einzug hielt, hatten sich hier schon Dichter, Literaten und Philosophen von Weltrang inspirieren lassen. Friedrich Nietzsche, Rainer Maria Rilke, Thomas Mann oder Hermann Hesse sind nur einige davon.

Graubünden mit seinen Weltkurorten Arosa, Davos, Flims, Lenzerheide, St. Moritz und vielen ande-



Landwasserviadukt bei Filisur. Bild: Peter Donatsch, Bad Ragaz

ren Tourismuszentren ist heute das bedeutendste Tourismusgebiet der Schweiz. Eine vielfältige Landschaft, Mineralquellen, klimatische Vorzüge, reiche Winter- und Sommersportmöglichkeiten und eine leistungsfähige Hotellerie und Parahotellerie haben Graubünden zum Ferienparadies gemacht. Dank moderner Architektur von Stararchitekten wie Peter Zumthor (Felsentherme Vals) oder Sir Norman Foster (Wohnhaus «La Futura» in St. Moritz), aber auch einer ganzen Reihe von jungen einheimischen Baumeistern lockt Graubünden auch immer zahlreicher Kunst- und Kulturinteressierte an.

Einzigartig: Rhätische Bahn und Nationalpark

Eine Pioniertat war der Bau der Rhätischen Bahn (RhB). Diese Privatbahn ist zweifellos die kühnste Alpenbahn, die mit dem Alpentunnel den Alpentunnel mit der höchsten Scheitelhöhe besitzt. Ihr Schmalspurnetz umfasst 397 km, worunter sich 118 Tunnels und Galerien von insgesamt 60 km Länge und 485 Brücken

von 12 km Länge befinden. Zu den Eigenheiten zählt nebst der Rhätischen Bahn der Schweizerische Nationalpark im Unterengadin, der einzige der Schweiz und gleichzeitig älteste der Alpen (seit 1914). Der Nationalpark ist ein 170 km² grosses Naturreservat, in dem die Natur von allen zweckfremden Eingriffen und Einflüssen vollständig geschützt wird. Die gesamte Tier- und Pflanzenwelt ist hier ganz der freien natürlichen Entfaltung überlassen. Die Parkflora ist mit über 640 Pflanzenarten – die diesem Trockengebiet der Zentralalpen entsprechen – überaus reich. Dreissig Arten von Säugetieren und über 100 Arten von Vögeln wurden im Nationalpark festgestellt.

Kulinarik: Capuns und Maluns und Herrschäftler Wein

Die Vielfalt Graubündens zeigt sich auch beim Essen und Trinken. Wohlbekannt sind das luftgetrocknete Bündnerfleisch und der Bündner Rohschinken sowie der Salsiz und die Engadiner Würste. Dazu kommt die währschafte

Bündner Gerstensuppe, Maluns (gebratene, mit Weissmehl vermengte Kartoffelbrocken) oder Capuns (Mangoldknödel). Die Bündner Herrschaft ist dank dem milden Klima zu einem grossen Weinanbaugbiet Graubündens gewachsen. Zwischen den Dörfern Fläsch, Maienfeld, Jenins und Malans erstrecken sich die Rebberge.

saubere Wasserkraft oder öffentlichen Verkehr bis hin zu renommierten Bildungsstätten und Forschungszentren wie etwa das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung in Davos. Das vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO grosszügig unterstützte Markenprojekt ist auch ein

Beispiel dafür, wie eine Rand- und Bergregion abseits der Zentren durch Eigeninitiative seine Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. ■

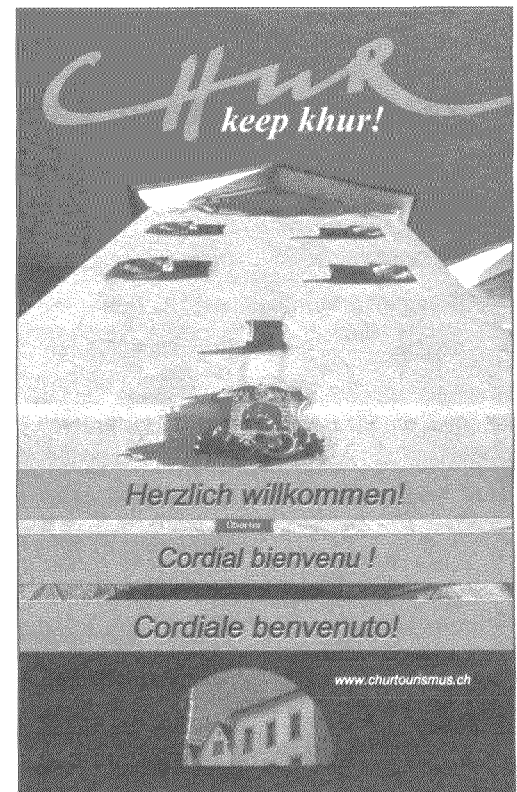
**Graubünden-
Wettbewerb
auf Seite 15!**

Anzeige

Alles unter einem Dach: Regionenmarke «graubünden»

Die hier beschriebene Vielfalt findet sich seit 2003 unter dem Dach der wohl ersten Regionenmarke der Schweiz wieder. Mit dem «capricorn»-(Steinbock-) Logo als Absender treten die Bereiche Ferien & Freizeit, Produkte, Wirtschaft, Transport, Kultur sowie Bildung & Forschung profiliert und wiedererkennbar im Markt auf. Die Tourismusmarke Graubünden wird damit um weitere hochwertige Dienstleistungen und Produkte erweitert, von landwirtschaftlichen Produkten wie Bündnerfleisch und Bündner Nusstorte über

Anzeige



Romantik
Hotel
Stern
Chur

calanda

restorant
ontro ersa

3* -Betriebe in Chur:

**DREI Betriebe
..... EIN kulinarisches
Vergnügen!!!**

FDP - STAMMHAUS IN CHUR:
Herzlich willkommen am
Stammtisch in der Arvenstube im
Romantik Hotel Stern!

www.stern-chur.ch / info@stern-chur.ch
Tel: 081 258 57 57/Fax: 081 258 57 58

Termine

Einladung zur o. Delegiertenversammlung

Donnerstag/Freitag/Samstag, 15./16./17. April 2004
Titthof, Tittwiesenstrasse 8, Chur

Donnerstag, 15. April 2004

- 17.00 Sekretärenkonferenz (Hotel Stern)
- Abendessen (Hotel Stern)

Freitag, 16. April 2004

- 10.00 Geschäftsleitungssitzung (Hotel Stern)
- 12.15 Mittagessen (Hotel Stern)
- 14.00 Präsidentenkonferenz (Titthof)

Delegiertenversammlung (1. Teil)

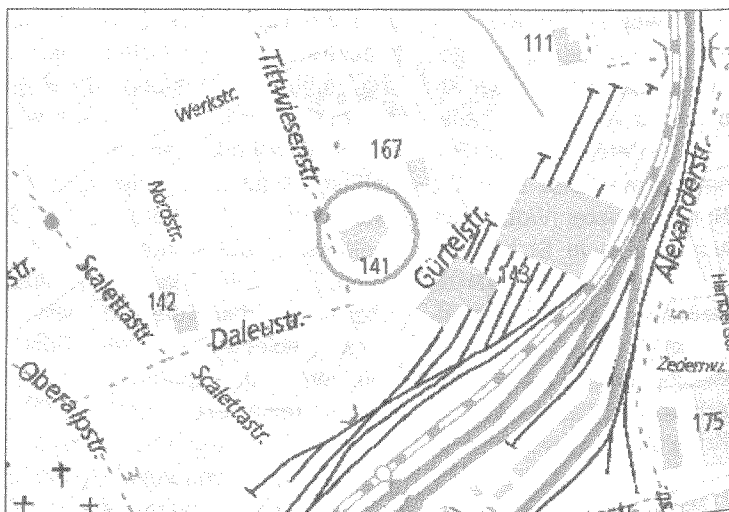
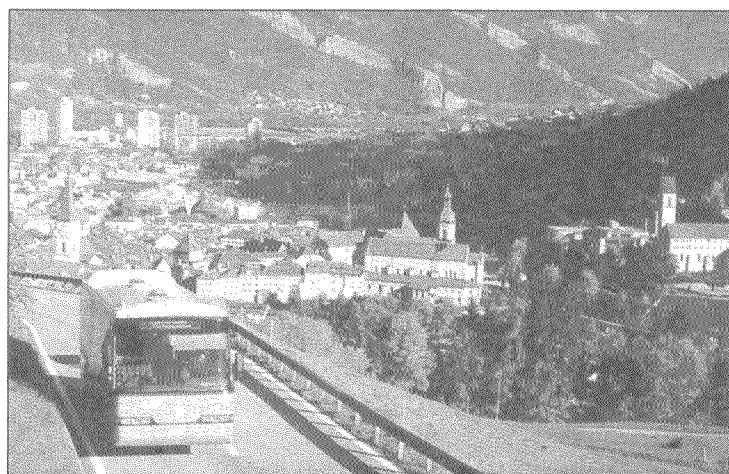
- 16.15 Begrüssung durch Christian Rathgeb, Präsident FDP Graubünden
- Ansprache Parteipräsidentin Christiane Langenberger
- Wahl Parteipräsident/Parteipräsidentin
- Jahresbericht des Fraktionspräsidenten
- Jahresbericht des Generalsekretärs
- Statutenänderungen
- Avenir radical: Information
- 19.30 Schluss Teil 1 DV
- 20.00 Abendessen / Abendprogramm / Verabschiedung Parteipräsidentin

Samstag, 17. April 2004

- 8.00-9.00 Treffen Regierungsrätinnen/ Partei- und Fraktionspräsidium

Delegiertenversammlung (2. Teil)

- 9.15 Begrüssung: Regierungsrat Martin Schmid, FDP/GR
- Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher EDI
- Revision der Erwerbsersatzordnung (Mutterschaftsurlaub)**
- Podium
 - Pro: NR Pierre Triponez, FDP/BE
 - Contra: NR Johann Schneider, FDP/BE
- Diskussion
- Parolenfassung



ca. 12.30

11. AHV-Revision

- Präsentation der Vorlage durch NR Christine Egerszegi
- Diskussion
- Parolenfassung

Finanzierungsbeschluss AHV/IV

- Podium
 - Pro: NR Yves Christen, FDP/VD
 - Contra: NR Trix Heberlein, FDP/ZH
- Diskussion
- Parolenfassung
- Schluss der Delegiertenversammlung
- Apéritif

Liberales Ja-Nein-Ja-Komitee

Für gerechte Steuern und sichere Altersvorsorge

Am 16. Mai wird sich entscheiden, ob die Schweiz willens ist, für ihren Wohlstand zu kämpfen. Alle Parteien sind sich einig, dass man die Sozialversicherungen langfristig nur mit mehr Wachstum finanzieren kann. In den letzten 10 Jahre waren wir aber im internationalen Vergleich am Schluss der Wachstumstabelle.

Es sollte unser Ehrgeiz sein, die nächsten 10 Jahre unter den ersten drei dieser Rangliste zu stehen. Das erreichen wir nur, wenn wir alle bereit sind, mehr für unseren eigenen und den gesamtschweizerischen Wohlstand zu tun. Wir müssen wieder fit und leistungswillig werden. Wir stehen jetzt am Anfang dieses Fitnessprogramms. Die Wirtschaft, jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gefordert, täglich eine optimale Leistung zu erbringen. Am 16. Mai stimmen wir über einen Teil unseres Fitnesspro-

gramms ab. Weniger und gerechtere Steuern, keine neuen Belastungen und eine Revision der AHV, die auf dem Fundament der Gleichstellung beruht. Mit diesem Fitnesspaket können wir den Wettkampf aufnehmen.

Wachstum heisst mehr Arbeitsplätze. Wachstum heisst mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität und mehr Chancen für die Jugend, heisst weniger Arbeitslose. Geben Sie dem Athleten Schweiz am 16. Mai eine faire Chance.

JA zur gerechten 11. AHV-Revision

Unser wichtigstes Sozialwerk AHV leidet unter Finanzierungsproblemen, die in der Veränderung des Altersaufbaus der Schweizer Bevölkerung wurzeln. Die mit der 11. Revision realisierten Einsparungen sind zur langfristigen Sicherung der künftigen Renten unerlässlich. Sie müssen jetzt beschlossen werden, damit ausreichende Übergangsfristen gewährt

werden können. Die Einsparungen ergeben sich aus der Abschaffung bestimmter, früher gerechtfertigter geschlechtsspezifischer Privilegien.

- So wird das bisher tiefere Rentenalter der Frauen an jenes der Männer angepasst (65).
- Die Renten für kinderlose Witwen werden denjenigen der Witwer (nach einer langen Übergangsfrist) angeglichen.
- Gleichzeitig werden ernsthafte Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit für Eltern unternommen.

Die 11. AHV-Revision verbessert die Chancen, dass auch die Jungen dereinst eine Rente erhalten, ohne übermässige zusätzliche Beiträge bezahlen zu müssen. Die Revision ist ein Gebot der Generationensolidarität.

NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat

Diese Vorlage will die Verfassungsgrundlage schaffen für die Erhöhung von 1,0 Prozent MWSt für die AHV-Finanzierung sowie von 0,8 Prozent MWSt für die IV-Finanzierung. Steuern dürfen grundsätzlich nicht leichtfertig erhöht werden. Die Mehrwertsteuer trifft die tiefen Einkommen und die Familien aufgrund ihres hohen Konsumanteils überproportional und ist deshalb nur beschränkt sozialverträglich. Die AHV hat diese Finanz-

spritze frühestens 2009 nötig, eine Erhöhung auf Vorrat ist deshalb nicht angebracht. Mit vorzeitig zur Verfügung stehenden Mitteln würden neue Begehrlichkeiten auf der Leistungsseite geweckt. Diese Gefahr ist umso grösser, falls die 11. AHV-Revision (Referendum der Gewerkschaften/SP) scheitern sollte und die von SP und SVP gemeinsam getragene Ableitung der überschüssigen Nationalbankgoldreserven in die AHV Tatsache wird.

Die IV braucht unzweifelhaft neue Mittel, weshalb das Komitee bereit ist, eine neue Vorlage zur Sanierung der IV im Falle eines Neins des Souveräns am 16. Mai 2004 im Zusammenhang mit einer materiellen Revision ohne Vorbehalt zu prüfen. Die unselige Verknüpfung der Finanzierungsbeschlüsse für diese beiden Sozialwerke und die gleichzeitig stattfindende Entscheidung über die 11. AHV-Revision zwingen zur gesamthaften Ablehnung der Vorlage.

JA zum fairen Steuerentlastungspaket

Familienbesteuerung

- Die ungerechte Ungleichbehandlung von Konkubinatspaaren und Ehepaaren wird endlich behoben. Damit wird die direkte Bundessteuer unabhängiger vom Zivilstand.
- Gleichzeitig werden die Kinder-, Ausbildungs- und Kinderbetreuungs-

abzüge deutlich erhöht, was zusätzliche Anreize für den Verbleib beider Elternteile im Arbeitsprozess bietet. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter kommt einen Schritt voran.

- Der Mittelstand wird durch die vorliegende Revision spürbar entlastet, was seine Kaufkraft stärkt.

Wohneigentumsbesteuerung

- Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft, ebenso die Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen. Wer Hypothekarschulden rechtzeitig abzahlt, verringert seine Lebenshaltungskosten im Alter und leistet damit einen Beitrag zur Selbstvorsorge.
- Gleichzeitig werden Anreize (beschränkte Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen und der Unterhaltskosten) zum Neuerwerb von Wohneigentum geschaffen, damit der Traum vom Eigenheim für möglichst viele junge Paare und Eltern wahr werden kann.

Stempelbesteuerung

- Steuern, die einzelne Geschäfte vom Finanzplatz Schweiz zu vertreiben drohten, werden definitiv gesenkt. Diese Regelung gilt bereits heute dank Dringlichkeitsrecht, das jetzt in ordentliches Recht übergeführt wird. ■

Das Co-Präsidium des Komitees setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Langenberger Christiane (VD)
- Kleiner Marianne (AR)
- Noser Ruedi (ZH)
- Pelli Fulvio (TI)
- Forster Erika (SG)
- Gutzwiller Felix (ZH)
- Ruey Claude (VD)

Das Komitee hat bereits rund 200 Mitglieder. Wenn auch Sie Mitglied im liberalen Komitee für den 16. Mai werden möchten, dann melden Sie sich an per Mail unter liberalkomitee@fdp.ch oder auf dem Postweg: FDP Schweiz, Liberales Komitee, Postfach, 3001 Bern.

Elf Kantone ergriffen das Referendum

Gegen ein verfassungswidriges und ungerechtes Steuerpaket

Erstmals in der Geschichte ist ein Kantonsreferendum zustande gekommen. 19 Kantonsregierungen haben sich für das Referendum ausgesprochen, 11 Kantone haben es letztlich ergriffen. Aus guten Gründen sind 17 FDP-Exekutivmitglieder der Referendumskantone dem NEIN-Komitee beigetreten und bekämpfen das Steuerpaket des Bundes.

Wohl ist die Abschaffung der Stempelsteuer unbestritten, und auch die Neuregelung der Familienbesteuerung, welche den ver-

fassungsrechtlichen Gestaltungsspielraum der Kantone respektiert, kann akzeptiert werden. Hingegen wurde bei der grundsätzlich begrüßten Reform der Wohneigentumsbesteuerung das Fundament massiv überladen. Die Neuregelung verletzt den Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung, greift auf unzulässige Weise in die Steuerautonomie der Kantone ein und ist damit krass verfassungswidrig. Der Bundesgesetzgeber ist klarerweise nicht befugt, den Kantonen Hypothekarzins-, Bauspar- und Unterhaltsabzüge verbindlich

vorzuschreiben. Mit dem Steuerpaket betreibt der Bund unzulässige Steuerpolitik auf dem Buckel der Kantone und Gemeinden. Insgesamt sind die Steuerausfälle für Kantone und Gemeinden in der Höhe von 2,5 Milliarden Franken nicht verkraftbar, zumal der Bund mit seinen Entlastungsprogrammen weitere Kosten auf Kantone und Gemeinden abwälzt und diese schon heute gezwungen sind, eigene Sparpakete zu schnüren, um den Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Nachdem der Bundesrat seine frühere Ankündi-

FDP-Regierungsrätinnen und -Regierungsräte der Referendumskantone:

Heinz Albicker SH, Dora Andres BE, Mario Annoni BE, Pascal Broulis VD, Pankraz Freitag GL, Elisabeth Gander, OW, Ruth Gisi SO, Willi Haag SG, Willy Kamm GL, Karin Keller-Sutter SG, Hans-Peter Lenherr SH, Jacqueline Maurer-Mayor VD, Claude Roch VS, Martin Schmid GR, Hans Ulrich Stöckling SG, Christian Wanner SO

gung, bei der Wohneigentumsbesteuerung die notwendigen Korrekturen zu beantragen, zurückgezogen hat und vom Parlament diesbezüglich ohnehin nichts zu erwarten ist, bleibt nichts anderes übrig, als das Paket als Ganzes am 16. Mai 2004

abzulehnen. Anschließend ist über die Stempelsteuer und die Familienbesteuerung so rasch als möglich separat zu befinden. ■

Liebe Freisinnige



Wie Sie es wohl bereits erfahren haben, werde ich mich in Chur nicht mehr zur Wiederwahl stellen. Zwar habe ich als Präsidentin viele positive Erfahrungen gemacht und wurde von Ihnen allen aufs Herzlichste empfangen. Für mich war aber bereits im letzten Jahr klar, dass ich die Partei nicht bis über die Wahlen 2007 hinaus führen möchte. Ich habe diese Ausgangslage auch mit zahlreichen Personen besprochen und habe danach meinen Entscheid gefällt. Wenn im Zusammenhang mit meinem Entscheid von «Putsch» und von irgendwelchen «Geheimpapieren» die Rede war, so entsprach dies nicht der Realität.

Mit meinem Rücktritt will ich sicherstellen, dass meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger genügend Zeit hat, um sich auf die Wahlen 2007 vorzubereiten, weil ich alles unternehmen möchte, damit die FDP im Jahr 2007 wieder zu den Siegerinnen gehört – dies ist nicht nur für die Partei, sondern vor allem für unser Land von zentraler Bedeutung. Wir haben schwierige vier Jahre vor uns. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen entscheiden, ob sie wieder in einem liberalen Land leben wollen oder nicht. Die liberalen Grundwerte wie Freiheit und Verantwortung machen die Einzigartigkeit unseres Landes aus. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz eine liberale Zukunft hat und dass die FDP die Schweiz in diese Zukunft führen kann. Die Weichen hierzu haben wir bereits gestellt – und wir haben sie richtig gestellt. Das Projekt «Avenir radical» läuft. Sie, liebe Freisinnige, beteiligen sich aktiv und mit grossem Engagement an dieser Ideenfindung. Ich wünsche mir, dass dieser Prozess ein Erfolg wird. Ein Erfolg, den wir gemeinsam erarbeitet haben.

*Ihre Präsidentin der FDP Schweiz
Christiane Langenberger*

Roman Messmer reiht Sieg an Sieg



Ausserrhoder Kantonalpräsident hat ein aktives Wahlteam

FDP-Kantonalparteien gibt es in allen Kantonen der Schweiz, ausser in Appenzell Innerrhoden. Die mit Abstand erfolgreichste Kantonalpartei in der letzten Zeit ist mit Sicherheit die FDP Ausserrhoden. Sieg reihte sich an Sieg. Bei den Regierungsrats-, Nationalrats-, Bundesrats- und Ständeratswahlen waren die Ausserrhoder Freisinnigen erfolgreich.

Von Markus Widmer,
Herisau

In Ausserrhoden gehört knapp die Hälfte des Parlaments der FDP an; die Partei stellt in der Regierung 5 von 7 Mitgliedern (darunter die Frau Landammann); die einzigen zwei Bundesparlamentarier sind Freisinnige; und mit Hans-Rudolf Merz ist der Ausserrhoder Freisinn auch im Bundesrat vertreten...

Erfolg um Erfolg

Dieser Erfolg hat einen Namen: Roman Messmer. Er ist seit 1999 Präsident der FDP AR; auf diese «Success story» angesprochen, bleibt er bescheiden: «Ich hatte auch das Glück, mit hervorragenden Kandidaturen mit intakten oder sogar sehr guten Wahlchancen in die Wahlen zu steigen. Und dann ist dieser Erfolg primär ein Erfolg des Kollegiums und nicht des Präsidenten.» Der Ausserrhoder FDP-Chef spricht aber sowieso viel lieber von Erreichtem als von Erfolgen.

Es begann mit Dorle Vallender

Und das Erreichte lässt sich sehen: 1995 war Roman Messmer Mitglied des Wahlteams von Dorle Vallender. Sie wurde denn

auch prompt Nationalrätin. 1999 war er ihr Wahlkampfleiter, und 2003 half er in der gleichen Funktion Rolf Degen und Jürg Wernli beim Sprung in den Regierungsrat sowie Marianne Kleiner in den Nationalrat. Auch für Hans-Rudolf Merz war er Wahlkampfleiter für die Bestätigung als Ständerat; zudem half er bei dessen Wahl in den Bundesrat im Hintergrund mit. Insgesamt dreimal war Messmer bisher in eine Landammannwahl und fünfmal in eine Richterschaft involviert. Immer erfolgreich!

Strukturierte Planung

Roman Messmer handelt nach ganz bestimmten persönlichen Grundsätzen: Wichtig ist es für ihn, analytisch an Aufgaben heranzugehen, eine strukturierte Planung zu erarbeiten und diese dann zielorientiert umzusetzen. Dabei sind für ihn hohe Belastbarkeit und Leistungsbereitschaft eine Selbstverständlichkeit. Die FDP sieht Messmer nicht nur als politische «Maschine»; vielmehr soll sie auch als aktive und attraktive Organisation wahrgenommen werden: So war die Partei am Appenzellerfest und schon zweimal an der



Roman Messmer

Herisauer Herbstausstellung HEMA. Im Jahre 2001 hielt die FDP Schweiz ihre erste Delegiertenversammlung in Ausserrhoden ab. Und jedes Jahr seit seinem Amtsantritt organisiert der Präsident im Kanton einen Anlass mit einem Bundesrat.

Wichtigstes Element

Kommunikation ist ein wichtiges Element für die

erfolgreichste FDP-Kantonalpartei und ihren Präsidenten: «Ich bevorzuge eine offene und ehrliche Kommunikation», stellt Roman Messmer klar. Er baute den Internetauftritt der FDP AR auf und betreut ihn; auch bei der Lancierung des «Appenzeller Freisinn» war er selber mit dabei und engagierte sich von Anfang an im Redaktionsteam.

Politik und Beruf

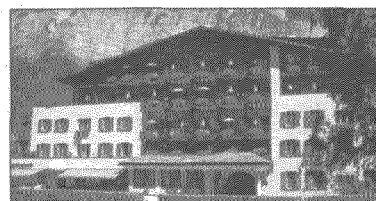
Der Präsident schätzt es ausserordentlich, dass sein Arbeitgeber, die Huber+Suhner AG in Herisau, sein politisches Engagement zulässt und sich damit zum schweizerischen Milizsystem bekennt. Er arbeitet dort als Leiter Qualitäts- und Umweltmanagement (EOQ Quality Systems Manager). Roman

Messmer ist verheiratet, hat einen 7-jährigen Sohn und lebt seit 1990 in Waldstatt. Bleibt neben dieser grossen Belastung überhaupt noch Zeit für Familie und Hobbys? Messmer sagt ja und nennt Politik (!), Skifahren und Wandern. Seine Herausforderung findet er darin, dass er auch unter grossem Druck so handeln kann, wie er dies selber propagiert. Und meint dann abschliessend: «Ohne die hervorragende Unterstützung meiner Frau wäre die erfolgreiche Bewältigung dieser grossen Aufgabe gar nicht möglich.» Natürlich hoffen nicht nur wir in Ausserrhoden, dass er uns, zusammen mit seinem Team, noch manchen Ausserrhoder FDP-Wahlerfolg bescheiden möge!

Graubünden-Wettbewerb

Wettbewerbsfragen (Lösungen: Text Seiten 10/11 oder www.graubuenden.ch)

1. Welcher See wird als der Ursprungsort des Vorderrheins bezeichnet?
2. Wie hoch ist der Piz Bernina, höchster Berg Graubündens und König der Ostalpen?
3. Der Schweizerische Nationalpark im Engadin ist nicht nur der einzige der Schweiz, sondern auch der älteste der Alpen. Wann wurde er ins Leben gerufen?



Der Preis:
1 Woche Ferien für 2 Personen (HP)
im **-Hotel Adula in Flims-Waldhaus**

Lösungen einsenden an:
Graubünden Ferien, Alexanderstr. 24, 7001 Chur

Über diesen Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

graubünden

Mit Pauken und Trompeten

Spannungsreiche GV der FDP-Frauen Schweiz in Altdorf/UR

Die FDP-Frauen Schweiz haben ihre diesjährige Generalversammlung in Altdorf/UR durchgeführt. Hedy Kempf, die Präsidentin der Urner FDP-Frauen, und ihr Team haben nichts dem Zufall überlassen und den Anlass mit Unterstützung der unermüdlischen Alice Disch mit viel Liebe zum Detail toll organisiert.

Von Barbara Perriard,
Projektleiterin
Kommunikation, Bern

Der Event war – allen Unkenrufen zum Trotz – sehr gut besucht und konnte mit interessanten Referaten und spannenden Diskussionen aufwarten. Allen Beteiligten gebührt ein herzliches Dankeschön.

Engagierte Vizepräsidentin

Ausserdem wurde das Vizepräsidium mit der engagierten Schwyzerin Irene Thalmann neu besetzt. Die erfahrene Politstrategin wurde unter grossem Beifall gewählt – ebenso wie die Co-Präsidentinnen der FDP-Exponentinnen, Nationalrätin Christa Markwalder (BE) und Nationalrätin Laura Sadis (TI) sowie die Präsidentin der FDP-Frauen Zürich, Barbara Angelsberger. Sie nehmen neu in der Geschäftsleitung Einsitz.

Aktionsplan verabschiedet

Die FDP-Frauen Schweiz haben einstimmig einen Aktionsplan verabschiedet. Unter dem Motto Prioritäten – Unabhängigkeit – Köpfe äussern sich die FDP-Frauen zu ihrem Selbstverständnis, stecken sich Ziele und erhe-

ben folgende konkrete Forderungen:

- Die FDP-Frauen Schweiz sind eine modern-bürgerliche Kraft innerhalb des Freisinns. Unabhängig von der Mutterpartei vertreten sie prononciert und entschieden Frauenanliegen sowie die Werte der liberal-progressiven Gesellschaft. Sie setzen sich ein für einen gesunden Staat, der Leistung ermöglicht und fördert und die Voraussetzung für einen starken Standort Schweiz bildet.

- Die FDP-Frauen setzen sich für eine angemessene und gerechte Vertretung beider Geschlechter in den poli-



War es wohl Nationalrätin Christine Egerszegi, ...



... welche den Urner Regierungsrat Peter Mattle zum Schmunzeln brachte? Rechts von ihm die beiden Nationalrätinnen Gabi Huber, Uri, und Laura Sadis, Tessin.

tischen Gremien auf allen Kompetenzstufen in Bund, Kantonen und Gemeinden ein. Den Wählerinnen und Wählern ist eine echte Auswahl zu bieten. Die FDP soll Wahllisten künftig mit mindestens 30 Prozent mit Frauen besetzen. Dies setzt voraus, dass die Frauen bereit sind, sich

dem Wettbewerb zu stellen.

- Die FDP-Frauen fördern und unterstützen in Zusammenarbeit mit den FDP-Exponentinnen gezielt Frauenkandidaturen auf allen Stufen. Zu den konkreten Massnahmen gehören insbesondere eine professionelle Strategie-, Medien- und Öffentlichkeitsar-

beit sowie der Aufbau und die Pflege geeigneter Netzwerke. Die FDP-Frauen Schweiz bereiten sich für die nächste Vakanz im Bundesrat vor.

- Die FDP-Frauen setzen Prioritäten. Diese liegen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft/Finanzen und Sicherheit (inkl. soziale Sicherheit). In



Ständerätin Helen Leumann, LU, und FDP-Vizepräsident Ruedi Noser unterhalten sich über das Papier «Avenir radicale».



Regierungsratskandidat Stefan Fryberg war bei den Frauen kein Unbekannter. Er war über Jahre Kantonalsekretär und Stützpunktleiter im Kanton Uri.

enger Zusammenarbeit mit den FDP-Exponentinnen nehmen die FDP-Frauen direkten Einfluss auf das politische Tagesgeschäft. Zur Durchsetzung ihrer sachpolitischen Anliegen suchen die FDP-Frauen gezielt die punktuelle überparteiliche Zusammenarbeit und bilden Koalitionen.

Die Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist für die FDP-Frauen eine vordringliche und kontinuierliche Aufgabe. Es ist unsinnig, in die Aus- und Weiterbildung von Frauen zu investieren, das Potenzial aber nicht zu nutzen. Nur mit einer gezielten Strategie kann Elternschaft unterstützt, das Demographieproblem entschärft und damit notwendiges Wirtschaftswachstum generiert werden. Folgende Massnahmen sind nach Auffassung der FDP-Frauen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerlässlich:

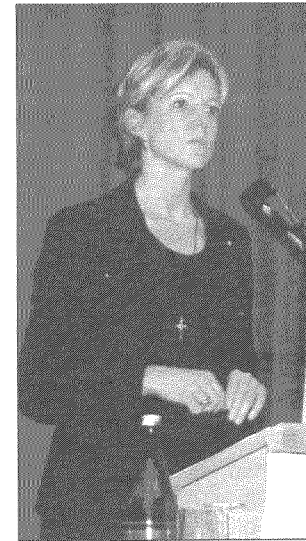
- Die Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubes
- Breiteres Angebot an familienexterner Kinderbetreuung sowie familienfreundlichere Unterrichtsmodelle (Blockzeiten in der ganzen Schweiz, mehr Mittagstische sowie ein dichteres Angebot an Tagesschulen)
- Frühere Einschulung
- Die steuerliche Entlastung von Familien, insbesondere die steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten
- Die Einführung der zivilstandsunabhängigen In-



Die Tessiner Nationalrätin Laura Sadis stellt...



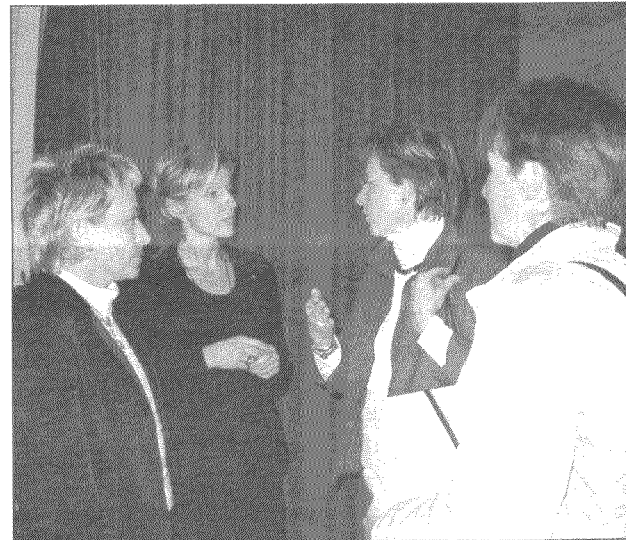
...den zahlreich erschienen FDP-Frauen die FDP-Exponentinnen vor.



Souverän führte Marianne Dürst durch die DV.



Präsidentin Marianne Dürst gratuliert der aktiven Irene Thalmann aus dem Kanton Schwyz zu ihrer Wahl als Vizepräsidentin.

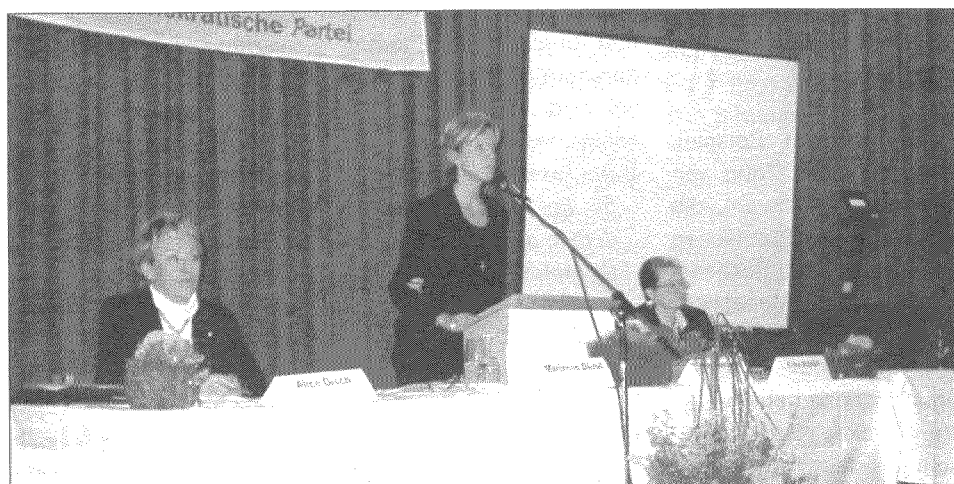


Alice Disch und Marianne Dürst verabschieden sich von Frauen der FDP Schweiz.

- dividualbesteuerung und zivilstandsunabhängige Sozialversicherung
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle und attraktive Teilzeitstellen für Frauen und Männer

Dreimal Ja

Schliesslich fassten die FDP-Frauen die Parolen für die Abstimmung vom 16. Mai 2004. Sie sagen Ja zur 11. AHV-Revision und dem Finanzierungsbeschluss und unterstützen das Steuerpaket. ■



Alice Disch, Sekretärin; Marianne Dürst, Präsidentin, und Erika Schibli, Kassierin (v. l. n. r.), hatten das Geschehen anlässlich der DV der FDP-Frauen Schweiz jederzeit im Griff.

Lebenslange Verwahrung

Wie wird das Volks-Ja zur Initiative im Gesetz umgesetzt?

Nach dem deutlichen Ja der Schweizer zur Verwahrungs-Initiative hat Jacqueline Lüthi-Hauser mit dem bekannten Psychiater Frank Urbaniok ein Gespräch geführt.



Jacqueline Lüthi Bild: J. Lüthi

Im Vordergrund stand dabei die Frage: «Wie wird das Volks-Ja ins neue Gesetz eingebracht?» Wenn diese Frage aus freisinniger Sicht angegangen wird, so darum, weil die FDP vor den Wahlen 2003 «Bürger-Sicherheit» auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Frank Urbaniok, glauben Sie, dass die Bevölkerung besser vor gefährlichen Wiederholungstätern geschützt werden kann?

Die entscheidende Frage ist, wie wird diese Forderung jetzt in ein Gesetz gebracht. Erst dann kann man beurteilen, welche Auswirkungen es haben wird.

Was ändert sich nach dem Volks-Ja im Bereich der Verwahrung?

Positiv ist zum Beispiel, dass neu auch Täter verwahrt werden können, die nicht im psychiatrischen Sinne krank sind. Schliesslich gibt es auch Menschen, die gefährlich sind, ohne dass sie eine psychiatrische Diagnose haben.

Eine Lücke aus meiner Sicht ist, dass man bei Tätern, die hoch gefährlich sind, aber bei denen im Zeitpunkt des Urteils keine

Wenn dementsprechend alle Prognosefaktoren sehr ungünstig sind und es keinerlei oder nur wenige günstige Merkmale gibt, dann sind auch sehr langfristige Prognosen möglich.

Für die Anordnung einer lebenslangen Verwahrung muss ein Täter aber nicht nur «nicht therapierbar», sondern auch «extrem gefährlich» sein. Welche Faktoren sind hier relevant?

Das Risiko ist durch zwei Faktoren bestimmt: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Täter rückfällig wird, und zweitens, um welche Taten handelt es sich dann. Extrem gefährlich heisst: Es handelt sich um allerschwerste Straftaten, und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass der Täter sie begehen oder wieder begehen wird. Schliesslich entscheidet aber das Gericht.

Wie können folgeschwere Fehleinschätzungen verhindert werden?

Es gibt eine einfache Regel: Spezialisierung, hohe Qualität und Professionalität bieten am ehesten Gewähr, dass Fehlermöglichkeiten minimiert werden können. Die Risikoanalyse spielt heute eine entscheidende Rolle; im Gegensatz zu früher, wo Täter nach drei, vier Jahren Verwahrung entlassen wurden, nur weil sie zum Beispiel pünktlich zur Arbeit gingen.

Existiert in der Schweiz die Möglichkeit einer Spezialausbildung für forensische Psychiatrie?

Am ehesten findet Weiterbildung in den grossen Institutionen, also in der Praxis, statt. Wir haben hier in Zürich Oberärzte, die lernen durch ihre mehrjährige Praxis an konkreten Fällen. Wir bieten zudem seit einem Jahr eine dreijährige Qualifikation, also Weiterbildungsmöglichkeit im Bereich der Therapie- und der Gutachtentechnik an. Diese Fortbildungsmöglichkeit kann auch von Auswärtigen benützt werden.

Welches sind die persönlichen Voraussetzungen, die jemand mitbringen muss, um als Gutachter arbeiten zu können?

Es braucht ein gewisses Set von Grundfähigkeiten, um überhaupt Spass an dieser akribischen Arbeit zu haben – ein Hang zum Perfektionismus, genaues Arbeiten, logisch aufzubauen, Dinge genau zu analysieren und auch gute Kontakte zu den schwierigen Klienten zu pflegen. Am Schluss hängt auch vieles von Intuition und Erfahrung ab.

Wer bestimmt eigentlich die Gutachter?

Grundsätzlich sind die Gerichte frei, Experten zu bestimmen; also denjenigen, welchen sie als Experten bezeichnen. Es gibt Versu-

che, das Auswahlverfahren in verschiedenen Kantonen zu standardisieren. Meistens im Bereich der Strafverfolgung. Die Gerichte können sich daran anlehnen, müssen es aber nicht. Fatal ist, wenn gute und schlechte Qualität gleich abgenommen und bezahlt wird. Die Auftraggeber sollten ein Interesse an Qualität haben und auf Grund ihrer Qualifikation Gutes von Schlechtem unterscheiden können.

Es existiert also in der Schweiz kein standardisiertes Anforderungsprofil für Gutachter?

Nein, gesamtschweizerisch nicht.

Müssen die Gutachter mit der Annahme der Verwahrungsinitiative in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen?

Ich bestreite, dass Gutachter wegen der Annahme der Verwahrungsinitiative in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Und zwar deswegen, weil sich an der Aufgabenstellung nichts ändert. Schon heute können Fehleinschätzungen gravierende Folgen haben, und schon heute erfordert die Beantwortung der Fragen, ob man eine Verwahrung empfiehlt bzw. eine Entlassung zulassen kann oder nicht, eine hohe Professionalität. Die lebenslange Verwahrung zu empfehlen, bedeutet nicht mehr Verantwortung, als

die Lockerung des Strafvollzugs, zum Beispiel durch einen Urlaub, zu befürworten oder einen Täter für eine Entlassung zu beurteilen.

Nach was für einem Prinzip wird eigentlich so ein Gutachten erstellt, und wie lange braucht man dafür?

Kurz gesagt: Gutachten im Prognosebereich bestehen aus zwei Säulen. Die genaue Kenntnis der Persönlichkeit des Täters und die Tatmusteranalyse.

Es funktioniert eigentlich immer so, dass man den Täter so genau wie möglich kennen lernen muss. Welche Merkmale zeichnen ihn aus, welches Persönlichkeitsprofil besitzt er. Dabei geht es nicht um die Frage, ist der Täter krank oder ist er nicht krank, sondern welche Merkmale dieses Täters machen ihn gefährlich.

Die zweite wichtige Säule ist die Tatmusteranalyse. Das ist etwas Ähnliches wie das, was ein Detektiv auch macht. Sich exakt anschauen, wie hat der Mensch gehandelt. Was sind die Tatdetails und wofür spricht das.

Komplexe Fälle sind schwere Gewalt- und Sexualstraftaten mit langen Vorgeschichten. Am Fall Friedrich Leibacher (Attentat in Zug) habe ich neun Monate gearbeitet. Eine sehr umfangreiche Arbeit mit 180 Seiten ist daraus entstanden.

Wo besteht denn nebst den erwähnten Gesetzeslücken und dem Mangel an spezialisierten Gutachtern weiterer Handlungsbedarf, um die Be-

völkerung in Zukunft besser vor gefährlichen Straftätern zu schützen?

Es gibt einen wichtigen programmatischen Punkt – die Behandlungsprogramme. Wir wissen, dass gute Behandlungsprogramme Rückfallrisiken senken. Man kann mit diesen Behandlungsprogrammen in der Regel 30 Prozent der Rückfälle «sparen». Für die 30 Prozent Opfer, die das betrifft, ist das zweifelsohne ein wichtiger prozentualer Unterschied. Man sollte deshalb in einen intelligenten Strafvollzug investieren und dieses Potenzial nutzen. Das ist regional noch sehr unterschiedlich. Ein intelligenter Strafvollzug ist einer, der möglichst präventiv für die Zeit nach dem Strafvollzug wirkt. Flächendeckend sollten präventive Behandlungsformen in den Strafvollzug implantiert werden.

Braucht es für ein solches flächendeckendes Behandlungsangebot nicht auch teure neue Einrichtungen?

Den Revisoren des Strafgesetzbuches schweben eher neue Anstalten oder sozialtherapeutische Anstalten als geeignete Einrichtungen für Behandlungen vor, wie wir das aus Deutschland kennen. So ein Parallel-System neben dem normalen Strafvollzug ist allerdings mit massiven Problemen im Bereich Sicherheit und Kapazität belastet. Der Hauptanteil der präventiven Behandlungen sollte dort stattfinden, wo die Täter sowieso sind, nämlich in der Strafanstalt. Das ist erstens viel billiger, und zweitens existiert kein

Sicherheitsproblem. In einer Strafanstalt arbeitet man mit Profis und einer optimalen Sicherheitsstruktur. Ergänzend dazu gibt es für diejenigen Straftäter, bei denen psychiatrische Krankheiten im Vordergrund stehen, spezialisierte Klinikplätze; zum Beispiel ist die Klinik Rheinau eine leistungsfähige forensische Klinik. Mit dieser pragmatischen Strategie hätten wir in der Schweiz die Chance, sehr viele rückfallgefährdete Straftäter mit vertretbaren Kosten in geeignete Programme zu bringen.

Können Sie uns das Zürcher PPD-Modell kurz erläutern (Psychiatrisch-Psychologischer Dienst im Amt für Justizvollzug)?

In Zürich hat die Justiz gesagt, wir holen uns die moderne Forensik (Risikobeurteilung, Therapie usw.) in den Vollzug und integrieren sie in die eigenen Strukturen. Es handelt sich hierbei um interdisziplinäres Zusammenarbeiten. Da sitzen Juristen, Strafanstaltsdirektoren und Psychiater zusammen in einem Boot und gestalten zusammen den gesamten Strafvollzug im Kanton Zürich. Das ist ein sehr wegweisendes Modell. Deliktprävention ist für alle Abteilungen das wichtigste Ziel.

Nach welcher Methode behandeln Sie Ihre Klienten?

Die Methodik, nach der wir arbeiten, ist die deliktorientierte Therapie. Es gibt Behandlungstechniken, die genau auf das Delikt abzielen. Das Delikt ge-

nau rekonstruieren, sich in das Opferleben einfühlen, Risikozeichen erkennen können und danach handeln, das praktizieren wir in all unseren deliktpräventiven Behandlungen. In der Gruppentherapie wird nach der gleichen Methode gearbeitet wie in der Einzeltherapie oder im AIP (Ambulantes-Intensiv-Programm).

Der Unterschied von AIP zu den anderen Programmen ist die Intensität der Stunden. In der intensivsten Gruppe sind sechs verwahrte Sexualstraftäter, die 14 Therapiestunden pro Woche absolvieren. Sonst üblich sind wöchentlich 1–2 Stunden Therapie.

Was kosten eigentlich solche Therapien und wer bezahlt das?

Wenn es Diagnosen bzw. Titel gibt, unter denen man die Therapie der Krankenkasse in Rechnung stellen kann, dann ist das laut KVG eine kassenpflichtige Leistung. Pro Konsultation verrechnen wir generell einen Polikliniktarif von 90 Franken. Als Vergleich: Bei einem Arzt beläuft sich der Tarif auf etwa 170 Franken. Der ganze Dienst hier kostet 3,6 Millionen Franken pro Jahr. Im letzten Jahr haben wir insgesamt 11.000 Konsultationen gemacht. Wenn es uns mit einem Jahr Arbeit insgesamt lediglich gelingt, 30 Jahre Haft zu verhindern, hat sich der Dienst schon amortisiert!

Eine Gesellschaft kommt gar nicht drum herum, in den Bereich der Straftaten zu investieren. Auch das Polizeiwesen oder

die Strafgerichtsbarkeit sind eigentlich Investitionen in die Straftäter. Sicherheit gibt's nirgends umsonst. Die Therapie ist an sich noch das Günstigste, was man im präventiven Bereich machen kann. Sicherheit ist für die Gesellschaft aber ein extrem hohes Gut und ein sehr wichtiger Standortfaktor.

Was ist deshalb Ihr dringendstes Anliegen an die Politik?

Ich wünsche mir, dass die Punkte, die wir betreffend Strafgesetzsrevision angesprochen haben, nochmals sehr nüchtern angeschaut werden. Die Zeit bis 2006 sollte jetzt genützt werden, um zu überlegen, ob man nicht den einen oder anderen Punkt noch ändern will.

Ausserdem sollte der flächendeckende Ausbau moderner Therapieangebote in Strafanstalten gefördert werden, weil sich so Rückfallraten vermindern lassen. Das dient den potenziellen Opfern – meist Frauen und Kindern – und der Gesellschaft. Letztendlich ist es auch für den Täter besser und spart am Ende sogar noch Geld. Fazit: Es entsteht eine Win-Win-Situation!

Wenn Sie mehr über dieses Thema wissen möchten, verweisen wir an dieser Stelle auf das aktuell im Zytglogge-Verlag erschienene Buch «Was sind das für Menschen – was können wir tun: Nachdenken über Straftäter» von Frank Urbaniok.

FDP-Reise

Allalin-Besteigung mit Bergpredigt!

Kommen Sie mit auf einen 4000er.
14./15. August 2004
(Schlechtwetterdatum
21./22. August 2004)

Im vergangenen Jahr offerierte die FDP-Zeitung ihren Lesern eine Bergtour über den Aletschgletscher vom Berner Oberland ins Wallis. Im kommenden Sommer packen wir ein ehrgeiziges Ziel an, einen Walliser Viertausender oberhalb von Saas Fee. Berge, deren Gipfel die Viertausendermarke erreichen, üben auf Schweizer Wandervögel einen besonderen Reiz aus, weshalb man sich im Wallis periodisch Gedanken macht,

einen Berg mit 3997 Metern über Meer aufzuschüttern! Ohne Tricks und Kniffe überschreitet der Höhenmesser die 4000er-Grenze beim Allalin, und wenn gleich dieser Berg zu den leichtesten dieser Kategorie zählt, so bedarf es doch einer gewissen Grundkonfition, damit man ihn erfolgreich bezwingen kann. Das Ganze beginnt am Samstag mit einem Aufbautraining, denn zuerst sind die knapp 500 Höhenmeter von der Bergstation Plattjen oberhalb Saas Fee zur Britanniahütte zu meistern. Der Körper hat am ersten Wandertag die Gelegenheit, sich an die Höhe zu gewöhnen, und mit der

Übernachtung in der erst kürzlich umgebauten Britanniahütte auf 3030 m (Massenlager mit Duvets!) sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Besteigung optimal. Wir rechnen am Samstag mit einer Wanderzeit von ca. 2½ Stunden, dies im Schlepptau eines erfahrenen Bergführers.

Vor dem Hüttennacht geniessen wir die letzten wärmenden Sonnenstrahlen vor der Britannia mit Blick auf den imposanten Allalingletscher und einem Apéro in der Hand. Der Bergführer zeigt uns dabei, wie wir uns am Sonntag auf Eis und Schnee bewegen sollen, um gute Figur



zu machen. Vorgesehen ist zu diesem Zeitpunkt auch eine ganz spezielle Bergpredigt...

Am frühen Sonntag bewegen wir uns innert drei viertel Stunden zur Bahnstation Felskinn, wo uns die Metro-Alpin auf ca. 3500 Meter bringt. In der Obhut und am Seil von Walliser Bergführern kommen wir während etwa 2½ Stunden zu einem sensationellen Erlebnis. Die erste Marschstunde führt über eine Traverse und ist ideal zur Gewöhnung an den uns unvertrauten Schnee- und Eisboden. Dann folgt eine schweiss-treibende Passage aufs Feejoch, aber wir haben genügend Zeit, dieses Stück in aller Ruhe anzugehen. Die Bergführer sind sich bewusst, dass viele Wanderer dabei sind, die erstmals einen Gipfel besteigen. Als verdienter Lohn für die Anstrengungen winkt ein Panorama, wie man es sonst nur selten geniessen kann. Das Matterhorn, dessen Spitze nur etwa 400 Meter höher liegt, ist zum Greifen nahe. Gleiches gilt für den Monte Rosa, den Dom und weitere Berühmtheiten unserer Alpenwelt. Den Hang hinunter nehmen wir gemütlich, denn wir beanspruchen nach dem Gipfelabstieg von knapp 2 Marschstunden

die Metro-Alpin und die Felskinn-Bahn, um bequem ins Tal zu gondeln. Unterwegs begiessen wir den Gipfelsieg mit einem feinen Schluck Fendant. Der Veranstalter dieser Wanderung hat die Erfahrung, dass praktisch alle Gipfelstürmer das Horn erreichen, weil nur die Höhe, nicht aber das Gelände den Wanderern zu schaffen macht (keine Kletterei). Willkommen sind Singles und Paare jeden Alters. Es sei darauf hingewiesen, dass sich nur Leute für diesen Trip entscheiden sollten, die in tieferen Lagen problemlos ein paar Stunden wandern können und generell trittsicher sind. Das Wochenende kostet inkl. Busfahrt Zürich (Sihlquai)-Bern (Bahnhof)-Saas Fee retour, Plattjen-Gondelbahn, Metro-Alpin, Felskinn-Bahn, Hütte mit Halbpension und Bergführer Fr. 520.- inkl. 7,6% MWSt pro Person. Wer kein Halbtaxabo besitzt, muss einen Zuschlag von Fr. 30.- entrichten. Die Ausrüstungstipps sowie den genauen Fahrplan mit den Einsteigezeiten erhalten Sie mit der Bestätigung direkt vom Veranstalter, der cotravel ag in Allschwil (BL). Die Abfahrt erfolgt am Samstagmorgen um 7 Uhr, die Ankunft am Sonntagabend um ca. 20 Uhr. ■

Anmeldung

Ich melde definitiv _____ Person(en) für die Wanderung vom 14./15. August 2004 (Schlechtwetterdatum 21./22. 8. 04) aufs Allalinhorn zum Preis von Fr. 520.- pro Person an. Das Programm, der Arrangementpreis und die Leistungen sind mir von der Ausschreibung her bekannt.

Name/Vorname: _____ Jahrgang: _____

Adresse: _____

Plz/Ort: _____

E-Mail: _____

Tel. tagsüber: _____ Tel. privat: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

_____ Person(en) mit Halbtaxabo zum Preis von Fr. 520.- pro Person

_____ Person(en) ohne Halbtaxabo mit Fr. 30.- Zuschlag pro Person

Ich/wir akzeptiere(n) die Annullationskostenversicherung (ELVIA), die mich/uns im Falle von Krankheit/Unfall vor der Reise schützt. Sie kostet Fr. 15.- pro Person.

Ich/wir verzichte(n) auf die Versicherung, da ich/wir gleichwertig versichert bin/sind. Versicherungsgesellschaft: _____

Bitte Namen der Begleitpersonen (inkl. Angabe betr. Halbtaxabo/Versicherung) auf separatem Blatt aufführen.

Coupon einsenden an: FDP Schweiz, Allalintour, Postfach, 3001 Bern.

Frauenquote für den Bundesrat?

«Frausein» ist kein politisches Programm

Die Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» hatten wir schon. Das Volk hat sie abgelehnt. Das Begehren flammt verständlicherweise nach dem 10. Dezember wieder auf.



Erika Forster

Von FDP-Ständerätin Erika Forster-Vannini, St. Gallen

Diesmal allerdings von der SP-Bundeshausfraktion.

Bei einer Zweiervertretung einer Partei im Bundesrat, so die Forderung, sei zwingend eine Quote Frau und Mann vorzugeben. Eine saubere Analyse, was sich am 10. Dezember wirklich ereignet hat und was der Beitrag der Bundesparlamentarierinnen, nicht zuletzt der CVP und der SP, zu diesem Debakel aus Frauensicht war, wurde offenbar nicht gemacht.

Bevor allenfalls einer solchen Forderung zugestimmt werden könnte, müssten noch die Hausaufgaben gemacht werden. Zwar wird ständig wiederholt, Frauen seien die Mehrheit in diesem Land. Wenn die Mehrheit in diesem Land ihre Rechte (und Pflichten) wahrnehme, dann hätte dieses Argument auch Gewicht. Die jahrelange Statistik seit der Einführung des Frauenstimmrechtes 1971 zeigt, dass nur 35% der stimmberechtigten und wahlberechtigten Frauen ihr aktives Wahlrecht auch ausüben. Beim passiven sind es, wenn

man die Zahl der Kandidatinnen ansieht, noch weniger. Neu in der Akzentuierung ist, dass sich heute entlang der Links/Rechts-Ausrichtung auch eine Geschlechterdifferenzierung entwickelt hat. Während im Links-Grünen-Lager Frauen regelmässig zulegen und heute 45% ausmachen (SP und Grüne zusammen), sieht es auf bürgerlicher Seite deutlich anders aus. Bei der SVP sind es im Nationalrat gut 5%, bei der FDP 12%. Im Ständerat sind die FDP-Frauen mit knapp 40% vertreten.

Wer wählt wen?

Wenn die 35% aktiven Wählerinnen konsequent Frauen wählen würden, sähe manches anders aus. Sie tun es aber nicht, denn «Frausein» ist kein politisches Programm per se. Weshalb zahlreiche gut ausgebildete junge Frauen mehrheitlich links-grün wählen und auch links-grün politisieren, hat zweifellos auch damit zu tun, dass diese Parteien gesellschaftspolitisch als abgeschlossen wahrgenommen werden. Ausgeblendet

wird, dass sie die Finanzierung dieser Anliegen allein dem Staat übertragen wollen. Die FDP hat es in ihrer Kommunikation bis heute nicht geschafft, vom Image der reinen Männer- und Wirtschaftspartei wegzukommen, obwohl sie gesellschaftspolitisch liberal und offen ist, jedoch die neuen Freiheiten auch mit den zugehörigen Verantwortungen gepaart sehen will.

Ein Land der Quoten

Die Schweiz ist das klassische Land der Quoten. Wir müssen bei der Besetzung von Kommissionen die Sprachregionen angemessen berücksichtigen, bei der Wahl des Nationalbankpräsidenten müssen Parteizugehörigkeit und Herkunft stimmen, Gleiches gilt für das Bundeskanzleramt. Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Wie schwer es fällt, diese föderalistisch motivierten Zwänge zu lockern, haben wir zuletzt bei den Bundesratswahlen erlebt. Die Kantonsklausel für Bundesräte ist zwar gefallen, eine Rolle spielt sie aber immer noch. Mit der Abwahl der Appenzellerin wurde die Wahl eines dritten Mitgliedes aus dem Berner Seeland – und damit einer Frau – weitgehend unmöglich. Soll man nun neue Quoten schaffen, damit die Frauen besser vertreten sind?

Wichtige Frage

Die angemessene Beteiligung der Frauen am öffent-

lichen Leben, in Führungspositionen in der Wirtschaft ist ein wichtiges, ein richtiges Anliegen. Die Voraussetzungen dazu fehlen in der Realität noch weitgehend. Es hapert im strukturellen Bereich. Die Verbindung von Beruf und Mutterschaft ist wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten und Schulstrukturen, die auf die Präsenz der Mutter zu Hause ausgerichtet sind (fehlende Blockzeiten, keine Mittagstische, kein Betreuungsangebot nach der Schule usw.), eine gewaltige Herausforderung. Wo soll da die Politik noch Platz haben? Es hapert im mentalen Bereich.

Gesellschaftliche Voraussetzungen schaffen

Wer tatsächlich eine gerechte Vertretung der Frauen in den Räten resp. den Behörden anstrebt, wird nur ernstzunehmenden Massnahmen zustimmen können. Damit sich Frauen zur Verfügung stellen können und die Wählenden in ihrer Wahl frei sind, müssen wenigstens 3 Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Die Kinderbetreuungsfrage muss flächendeckend und nachhaltig gelöst werden. Es kann nicht das Ergebnis eines jahrhundertealten Kampfes um Gleichberechtigung und Gleichstellung sein, dass Frauen, die sich in Beruf oder Politik entfalten möchten, auf Kinder verzichten müssen, und es

darf nicht sein, dass Mütter keinen Zugang zu Beruf und politischen Karrieren haben.

2. Es müssen ausreichend (im Idealfall 50%) Frauen resp. Männer auf den Wahllisten der Parteien sein. Personalpolitik tut Not.

3. Es müssen, was Qualifikation und Erfahrung in verschiedensten Lebensbereichen anbelangt, auch wirklich wählbare Persönlichkeiten auf der Liste sein. Auch das ist nur mit konsequenter parteipolitischer Personalpolitik zu erreichen.

Für einen fruchtbaren Dialog tut auch weibliche Selbstkritik Not. Tun wir arriierten Politikerinnen genug für den weiblichen Nachwuchs? Vertreten wir konsequent ein modernes Frauenbild, in dem Selbstverantwortung und Freiheit selbstverständliche Zwillinge sind, oder fallen wir auch hin und wieder in die alte Falle, dass Frauen Schutz und Sonderbehandlungen bedürfen? Jede Vorschrift ist kontraproduktiv, weil sie das Problem nicht an den Wurzeln packt. Wir sollten uns auf die gesellschaftlich relevante Arbeit, auf gelebte Gleichstellung mit allen Konsequenzen konzentrieren und nicht erneut in die Schützengräben des Geschlechterkampfes abtauchen. ■

Termine

Landsgemeinde 2004 in Glarus (1./2. Mai)

Landsgemeindeanlass der Glarner Jungfreisinnigen (GJF) vom 1./2. Mai 2004

Liebe Jungfreisinnige, lieber Jungfreisinniger

Die Glarner Landsgemeinde hat grundlegende Merkmale und Rechte von 1387 an bis in die Gegenwart bewahrt. Sie ist in keiner Weise ein folkloristischer Politanlass, sondern eine politische Institution mit einer einzigartigen Tradition. Neben Glarus hält im Jahr 2004 einzig noch Appenzell-Innerrhoden an der Landsgemeinde fest.

Die Glarner Landsgemeinde zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass das Volk zu einer Vorlage nicht nur «Ja» oder «Nein» sagen kann; es hat die Möglichkeit, Bestimmungen auszumerzen oder die Vorlagen zu ergänzen und abzuändern. Wie sonst nirgendwo auf kantonaler Ebene kann der Stimmberechtigte hier ganz unmittelbar in die Meinungsbildung eingreifen. Gerade insofern ist die Glarner Landsgemeinde eine beispielhafte Form von direkter Demokratie.

Die Glarner Jungfreisinnigen (GJF) organisieren zu diesem erlebnisreichen Anlass bereits zum 4. Mal einen Anlass für alle interessierten Jungfreisinnigen aus der ganzen Schweiz! Wie auch schon die Jahre zuvor wird der Anlass bereits am Samstag starten. Neben einem kulturellen Ausflug im Kanton wirst du am Abend einiges Wissenswertes über die Landsgemeinde als Institution erfahren, was in dir hoffentlich noch mehr Spannung für den folgenden Tag aufkommen lässt, und auch das Gesellige wird sicherlich nicht zu kurz kommen. Besonders freuen wir uns jetzt schon über die Zusage einer Delegation von einer unserer Schwesterparteien, den young liberals aus England.

Am Sonntag werden wir bei hoffentlich gutem Wetter nach einem gemeinsamen Morgenessen just neben dem Landsgemeinderöffnung mit dem Einzug der Regierung der Landsgemeinderöffnung beiwohnen. Damit du auch vor Ort die ganze Atmosphäre dieses traditionellen Demokratieverständnisses optimal miterleben kannst, bieten wir dir vor Ort einen Rundgang in einer kleinen Gruppe mit einem Sachverständigen GJF-Mitglied an, welches auf alle spontanen Fragen deinerseits Antwort gibt.

Im Anschluss an die Landsgemeinde offerieren wir dir im Ring einen Apéro, um mit dir auf einen hoffentlich interessanten Landsgemeinde-Eindruck anzustossen.

Anschliessend bleibt uns noch das zu tun, was an diesem Festtag wohl alle Glarner zelebrieren: das typische Landsgemeindemenu zu geniessen...

Programm (provisorisch):

Samstag, 1. Mai:

- 14.30 Uhr Besuch des Glarner Landesplattenberges in Engi
- 17.00 Uhr Apéro
- 18.30 Uhr Landsgemeindeinfos
- 19.30 Uhr BBQ

Sonntag, 2. Mai:

- 8.30 Uhr Gemeinsames Frühstück
- 9.30 Uhr Einzug der Regierung
- 10.00 Uhr Beginn der Landsgemeinde

Im Anschluss an die Landsgemeinde

- Apéro im Landsgemeindering
- Landsgemeindemenu

 jungfreisinnige schweiz

 GLARNER
JUNGFREISINNIGE

Die Glarner Jungfreisinnigen bieten dir diesen Anlass zum Selbstkostenpreis an, welcher nicht zuletzt dank freundlicher Unterstützung der jungfreisinnigen schweiz auch dieses Jahr wieder äusserst attraktiv sein wird (etwa 40-50 Fr.)

Darin inbegriffen: Kulturelles Programm vom Samstag, Apéro (2x) Nachessen, Dokumentationsmaterial, Übernachtung, Morgenessen, Mittagessen.

Melde dich einfach per E-Mail an: michael.steiner@jungfreisinnige.ch, oder brieflich unter
Glarner Jungfreisinnige
Postfach 83
8754 Netstal

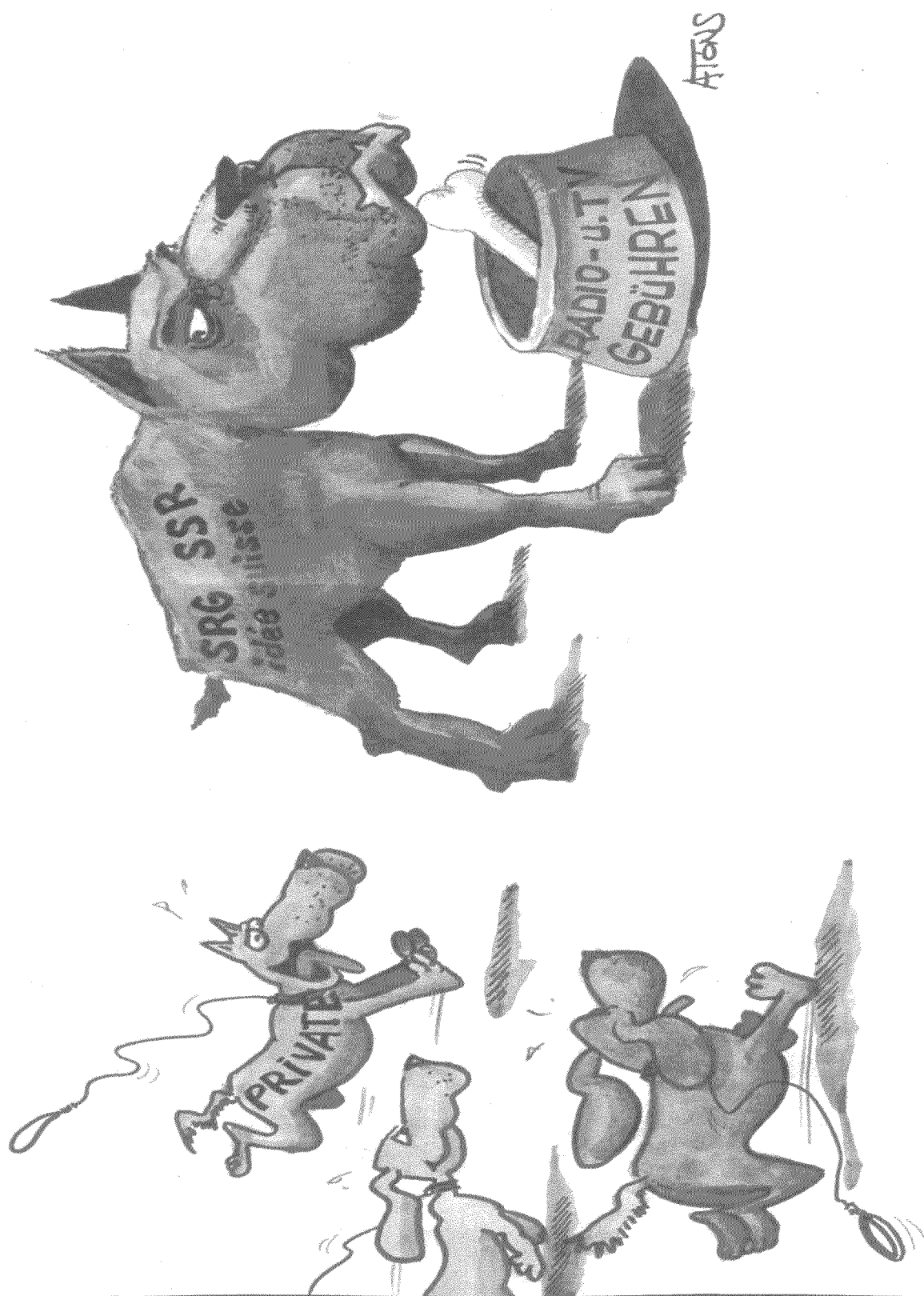
Es würde uns sehr freuen, auch dich an unserem Anlass begrüßen zu dürfen!

Mit besten Grüßen

Im Namen des Vorstandes der GJF

Michael Steiner

DAS PARLAMENT HAT DIE LEINEN LOSGELASSEN.



Karikatur Andreas Töns

«Die Schweiz muss fit werden!»



Darum am 16. Mai:

JA

zur gerechten
11. AHV-Revision

NEIN

zur Mehrwertsteuer-
Erhöhung auf Vorrat

JA

zum fairen Steuer-
entlastungspaket

www.fdp.ch

www.naet-werbung.ch

Für eine liberale Schweiz

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei